bicc / Common Position Brief

12/2024

Niger

Länderinformationen zu den Europäischen Kriterien für Waffenexporte

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG **2**

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor **4**
Deutsche Rüstungsexporte 4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland 7
Militärausgaben 9
Lokale Rüstungsindustrie 10
Streitkräftestruktur 11
Bewaffnung der Streitkräfte 13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft 15
Polizei und andere Sicherheitskräfte 16

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts **18**
Einhaltung internationaler Verpflichtungen 18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland 19
Innere Lage im Empfängerland 22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region 26
Bedrohung von Alliierten 29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft 30
Unerlaubte Wiederausfuhr 33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes 34

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Niger verfügt nur über eine sehr keine eigenständige Rüstungsindustrie und ist deshalb für die Ausrüstung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Seit 2023 produziert die Defence Industries Cooperation of Nigeria (DICON) nach langer Pause wieder erstmalig Kleinwaffen und Munition. Nach Plänen der Regierung soll das Unternehmen zukünftig Zentrum der Rüstungsindustrie bilden.

Die meisten Importe tätigte Niger laut SIPRI-Datenbank zuletzt aus den USA, gefolgt von Russland und China. Die deutsche Bundesregierung genehmigte erstmalig im Jahr 2003 Exporte von Rüstungsgütern in einem geringen Umfang nach Niger. 2014 wurden deutsche Transfers aufgrund eines möglichen Widerspruchs zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union an Niger nicht bewilligt. Im Zuge der „Ertüchtigungsinitiative" der Bundesregierung zeichnet sich jedoch ein Trend zu steigenden Rüstungsexporten Deutschlands nach Niger ab. So bewilligte Deutschland im Jahr 2018 Waffenausfuhren im Umfang von rund 3,6 Millionen Euro und 2020 von rund 6,6 Millionen Euro. Im Jahr 2021 kam es zu Ausfuhren im Wert von 2,46 Millionen Euro. 2022 sank der Wert auf 380.426 Euro – davon gingen rund drei Viertel der Lieferung an die dort stationierten Streitkräfte von EU- bzw. NATO-Staaten.

Das Militär Nigers besteht aus den Streitkräften des Heeres und der Luftwaffe sowie paramilitärischen Einheiten wie Nationalpolizei, Nationale Garde und Gendarmerie. Angesichts der 24 Millionen Einwohner:innen war der Personalumfang mit 5.300 aktiven Soldat:innen in den Streitkräften sowie 5.400 in den paramilitärischen Einheiten lange Zeit sehr niedrig. Der Personalumfang des Militärs würde jedoch jüngst auf 33.100 aktive Soldat:innen und auf 24.500 Personen in den paramilitärischen Einheiten deutlich erhöht. Unterstützt durch internationale Trainingsmissionen gelten die nigrischen Streitkräfte im regionalen Vergleich als gut ausgebildet. In den letzten Jahren ist die Bekämpfung von grenzüberschreitendem Extremismus und Terrorismus in der Region sowie von transnationaler, organisierter Kriminalität zur Hauptaufgabe der Streitkräfte geworden.

Sowohl die militärische Ausstattung der Landstreitkräfte als auch die der Luftwaffe bestehen zu großen Teilen aus veralteter Ausrüstung. Mittlerweile erhält das nigrische Militär jedoch zunehmend auch modernere Ausstattung aus dem Ausland, unter anderem aus Deutschland. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg von 1,4 Prozent im Jahr 2013 auf 2,7 Prozent im Jahr 2019. Zuletzt sanken sie jedoch erneut auf 1,7 Prozent (2022).

Die Beziehung zwischen Militär und Zivilgesellschaft ist von Militärputschen und langen Phasen autoritärer, militärdominierter Herrschaft geprägt. Aktuell sprechen aber dennoch rund 75 Prozent der nigrischen Bevölkerung den Streitkräften ihr Vertrauen aus. Nicht unproblematisch sind jedoch Menschenrechtsverletzungen, zu denen es im Rahmen der internationalen Anti-Terror-Missionen nachweislich gekommen ist. So fürchten viele Menschen nicht nur Gewalt von Seiten bewaffneter nicht-staatlicher Gruppen, sondern auch von Seiten der Streit- und Sicherheitskräfte. Darüber hinaus gingen Sicherheitskräfte unter der Regierung von Mahamadou Issoufou oft gewaltsam gegen Personen vor, die in Form von Protest

und Demonstrationen Gebrauch von ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit machten.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1960 kam es in Niger zu zahlreichen politischen Umstürzen und gewaltsamen Aufständen. Formal verfügt Niger über verfassungsrechtliche Garantien, die Menschenrechte im Land gewährleisten sollen. De facto treten jedoch vermehrt Menschenrechtsverstöße auf. So ließ die Regierung regelmäßig Demonstrationen gewaltsam niederschlagen, bei denen es auch immer wieder zu Tötungen kommt. Personen, die ihr Recht auf Meinungs- oder Versammlungsfreiheit wahrnehmen, drohen immer wieder staatliche Repressalien wie strafrechtliche Verfolgung. Menschenhandel, Sklaverei, Kinderarbeit und Gewalt gegen Frauen geschehen in Niger trotz einiger juristischer Bemühungen, diese zu ahnden. Die Situation von Flüchtenden ist prekär. Zudem verüben islamistische Milizen, darunter Boko Haram sowie Splittergruppen von Al-Qaida und dem Islamischen Staat, Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung verhängte oder verlängerte jüngst Notstände in mehreren Regionen (etwa Diffa, Tillabéri und Tahoua). Im Zuge der sich verschlechternden Sicherheitslage geht die Regierung hart gegen vermeintliche Terrorist:innen vor: So wurden hunderte Menschen vor Gericht gestellt, die angeblich Mitglieder von Boko Haram sein sollten. Tatsächlich betraf dies aber auch Menschen, die sich auf der Flucht vor Boko Haram befanden.

Niger, das allen wesentlichen Abkommen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle beigetreten ist, darunter im Jahr 2014 dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT), liegt in der politisch äußerst angespannten Sahel-Zone. In Libyen begann nach dem Staatszusammenbruch 2011 ein bis heute anhaltender (wenn auch eingefrorener) Bürgerkrieg. Nach einem Aufstand im Jahr 2013 und der Übernahme der nördlichen Regionen durch fundamentalistische Islamist:innen (Azawad) ist auch in Mali die Lage fragil.

Die meisten Angriffe in der Region verübt jedoch die dschihadistische Miliz Boko Haram auf Nigeria. Auch Burkina Faso kämpft mit militantem Extremismus. Die staatlichen Grenzen des Wüstenstaats Niger sind porös, sodass der Handel und Schmuggel von Waffen und Munition, Drogen und Menschen aus den konfliktreichen Nachbarländern florieren. Die Gefahr bewaffneter Angriffe durch extremistische Gruppen auf militärische Einrichtungen und das damit einhergehende Risiko, dass sie dabei staatliche Waffen und Munition rauben, sind groß. Dies belegen Fälle, bei denen Waffen und Munition aus staatlichen Arsenalen auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft wurden.

Niger gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 600 US-Dollar im Jahr 2023 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies"). Es zählt zu den „Heavily Indebted Poor Countries" und wird von den UN als ein „Least Developed Country" geführt. Auf dem Human Development Index belegt es mit einem Wert von 0,394 einen der letzten Plätze und wird von UNDP daher der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung" zugeordnet. Die Situation des nigrischen Gesundheits- und Bildungssystems ist noch immer als äußerst defizitär zu bezeichnen, sodass steigende Militärausgaben problematisch sind. Die Gefahr, dass in Niger unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist ergo gegeben.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	Munition für Gewehre, Revolver und Pistolen	0,008
2004	LKW	0,001
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	---	---
2014	---	---
2015	Geländewagen mit Sonderschutz (EU-Mission): 100%	0,212
2016	Flugkörperabwehrsystem für Luftfahrzeuge und Teile für Flugkörperabwehrsysteme: 100%	0,66

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt-wert
2017	Gebläsefiltergeräte: 100%	0,002
2018	LKW (Ertüchtigungsinitiative), Anhänger (Ertüchtigungsinitiative), Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen mit Sonderschutz (VN-Mission): 100%	3,61
2019	Nachtsichtgeräte: 47,7% Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW und ballistischen Schutz: 29,0% Ballistische Einschübe: 23,3%	1,44
2020	Boden-Überwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Boden-Überwachungs-radar [Grenzsicherung]: 58,3% Nachtsichtgeräte [Ertüchtigungsinitiative] und Wärmekameras [Grenzsicherung]: 22,6%	6,64
2021	Boden-Überwachungsradar [Grenzüberwachung] und Teile für Boden-Überwa-chungsradar [Grenzüberwachung]: 44,4% Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Französische Armee]: 33,1% Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank] und Teile für ballistischen Schutz: 13,7%	2,46
2022	Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Streitkräfte eines EU-/NATO-Staates]: 75,8 % Panzerglas [Bank]: 24,2 %	0,38
2023	Flugzeuge [Grenzüberwachung] und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Streit-kräfte eines EU-/NATO-Staates]: 86,3%	46,83

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz https://www.bmwk.de

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

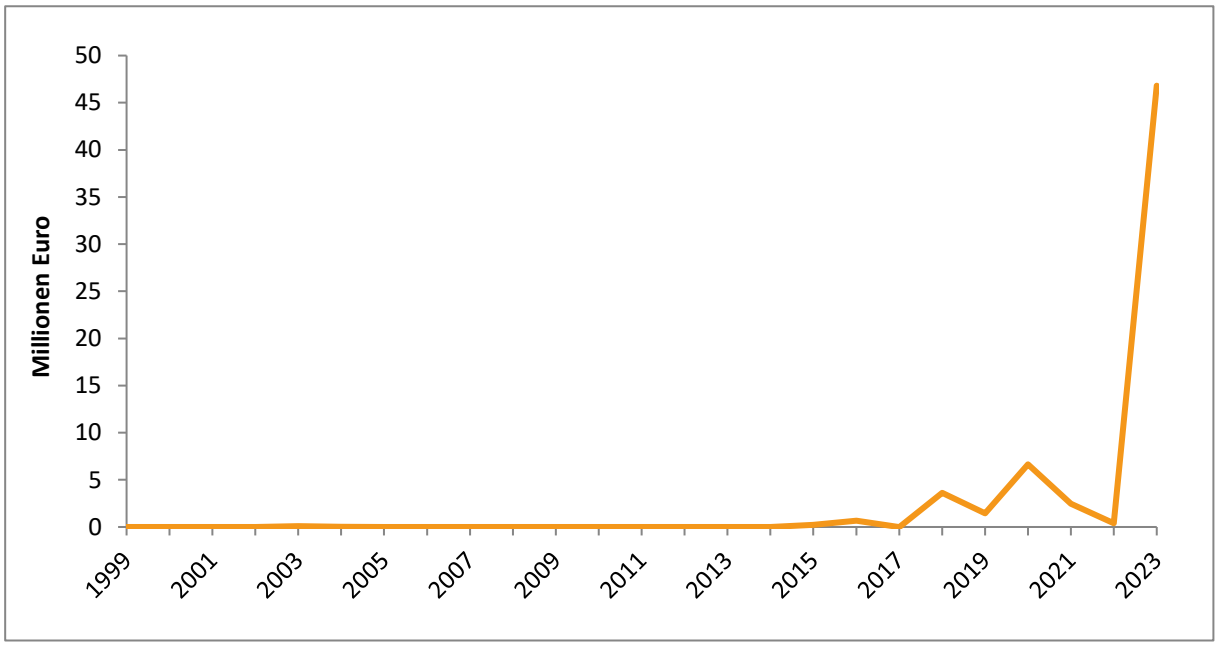


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Niger 2000-2023

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2023 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Niger geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Erstmalig genehmigte die deutsche Bundesregierung im Jahr 2003 Rüstungsexporte nach Niger. Hierbei handelte es sich um Munition für Gewehre, Pistolen und Revolver im Gesamtwert von lediglich 8.000 Euro. Im Jahr 2004 folgte eine Ausfuhr (LKW) im Wert von 1.100 Euro. 2014 wurden unter Verweis auf das Kriterium 7 (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen) des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union Rüstungsexporte nach Niger nicht genehmigt. 2015 wiederum erteilte die Bundesregierung die Exportgenehmigung für Geländewagen mit Sonderschutz in einem finanziellen Volumen von ca. 212.000 Euro an die EU-Mission EUCAP Sahel Niger. Dieses Volumen wurde im Jahr 2016 mit 660.000 Euro deutlich überschritten als die Bundesregierung den Export von Flugkörperabwehrsystemen und dazugehörigen Teilen im Wert genehmigte. Nochmals deutlich stiegen die Rüstungsexporte nach Niger 2018 als die Bundesregierung im Zuge der

„Ertüchtigungsinitiative" Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von 3,6 Millionen Euro bewilligte. Ziel dieser Initiative ist es Schwerpunktländer – beispielsweise in der Sahelzone – zu befähigen, innere und regionale Krisen militärisch begegnen zu können. Um die dortigen Ressourcen und Kapazitäten aufzustocken, erhielt Niger 2018 LKW, Anhänger, Geländewagen mit Sonderschutz sowie Teile für gepanzerte Fahrzeuge aus Deutschland. Zudem erhielt Niger für ihre im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali stationierten Truppen Geländewagen mit Sonderschutz. In diesem Zusammenhang ist auch die Exportgenehmigungsspitze im Jahr 2020 mit einem Wert von über 6,6 Millionen Euro zu sehen. Fünf Anträge über die Ausfuhr von Nachtsichtgeräten, Wärmebildkameras und Boden-Überwachungsradaren inkl. Zubehör wurden unter der Angabe von Grenzsicherungsbedarf genehmigt. Im Jahr 2021 kam es zu Ausfuhren im Wert von 2,46 Millionen Euro. 2022 sank der Wert auf 380.426 Euro – davon gingen rund drei Viertel der Lieferung an die dort stationierten Streitkräfte von EU- bzw. NATO-Staaten. 2023 erreichten deutsche Rüstungsexporte nach Niger den höchsten Wert seit 1999. Deutschland führte sieben Lieferungen aus, welche Flugzeuge für die Grenzüberwachung und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge für die Streitkräfte eines EU- oder NATO-Verbündeten enthielten. Dees weiteren handelte es sich bei diesen Lieferungen die vor dem Militärputsch 2023 genehmigt wurden und nicht für das nigrische Militär bestimmt waren.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Niger 2019-2023, Mio. TIV[1]

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	5	19	16	33	15	88

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Niger 2019-2023, Mio. TIV

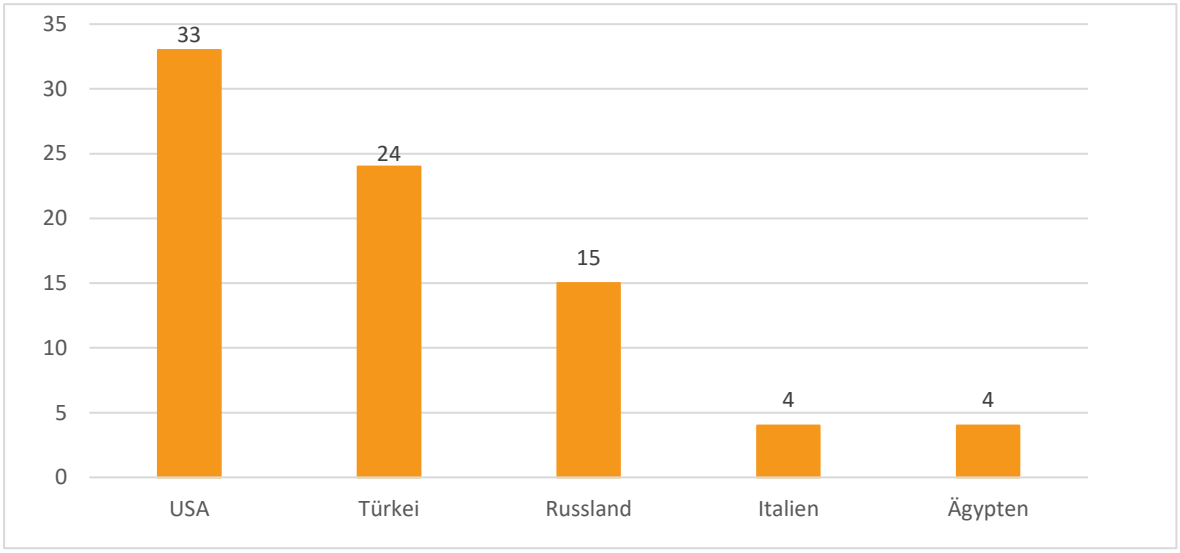
Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Niger geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

[1] SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2023) nahm Niger 2019 bis 2023 die 91. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Waffensysteme führte Niger zwischen 2019 und 2023 insbesondere aus den USA ein, gefolgt von der Türkei, Russland, Italien und Ägypten.

Zwischen 2019 – 2023 nahm die **USA den ersten Platz unter** Rüstungsexporteuren Nigers ein. Die USA lieferten vier Leichttransportflugzeuge vom Typ Cessna 208B und ein modernisiertes Luftaufklärungsflugzeug des Typs King Air. Darüber hinaus sagten die USA 2015 zu, Niger zwei gebrauchte, aber modernisierte Transportflugzeuge vom Typ C-130H Hercules zu stiften, die zwischen 2021 und 2022 geliefert wurden. Ebenso stiftete die USA 2019 bis 2021 ebenfalls 51 Mamba-7 Truppentransporter.

Die **Türkei - zweitwichtigster Rüstungslieferant Nigers zwischen 2019 – 2023 –** lieferte 2022 sechs Bayraktar TB2 Kampfdrohnen nach Niger. Im selben Jahr orderte Niger eine unbekannte Anzahl an gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ Ejder Yalcin, deren Lieferung allerdings noch aussteht. Im Jahr 2023 erhielt Niger zwei Hurkus-C Ausbildungs-/Kampfflugzeuge aus der Türkei.

Russland - zwischen 2019 – 2023 Nigers drittwichtigster Rüstungslieferant - lieferte 2020 zwei bewaffnete Mi-171Sh Transporthubschrauber.

Auf **den Rängen vier und fünf lagen zwischen 2019 – 2023 Italien und Ägypten.** Ersteres lieferte 2022 zwei von vier georderten, gebrauchten Bell-412 Hubschraubern nach Niger. Aus Ägypten erhielt Niger 2023 im Rahmen einer Schenkung 30 gebrauchte gepanzerte Aufklärungspatrouillenfahrzeuge (Typ BRDM-2) und 12 gebrauchte gezogene Geschütze (Typ M-30 122mm).

In den Jahren zwischen 2014 und 2018 spielten vor allem China, Frankreich, die Ukraine und Russland eine größere Rolle als Exportnationen. So verkaufte China gepanzerte Mannschaftstransporter (fünf vom Typ ZFB-05 und zwei vom Typ WZ-523) an Niger. Darüber hinaus erwarb das Land von China 20 gepanzerte Patrouillenfahrzeuge (Typ Tiger) im Jahr 2017. Von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich erhielt Niger zwischen 2010 und 2023 acht Leichtflugzeuge (Typ Tétras), drei gebrauchte, aber modernisierte bewaffnete Leichthubschrauber (Typ Gazelle SA-342), vier gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ VAB-VTT) und 13 weitere gepanzerte Fahrzeuge (Typ Bastion). 2022 erhielt es zwei weitere französische Leichthubschrauber vom Typ SA-342 Gazelle und zwei weitere gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ VAB-VTT. Weiteres Equipment wurde aus Russland (2008; zwei möglicherweise gebrauchte Kampfhubschrauber vom Typ Mi-24P/Mi-35P) und der Ukraine (2013; zwei gebrauchte Bodenangriffsflugzeuge vom Typ Su-25) bezogen.

Dem Small Arms Survey zufolge gehörte Niger zwischen 2013 und 2015 zu den fünf größten Importeuren von Kleinwaffen in Subsahara-Afrika. Dabei bezog es 77 Prozent seiner Kleinwaffen aus Frankreich, 17 Prozent aus China und drei Prozent aus der Schweiz.

Militärausgaben

Tabelle 5

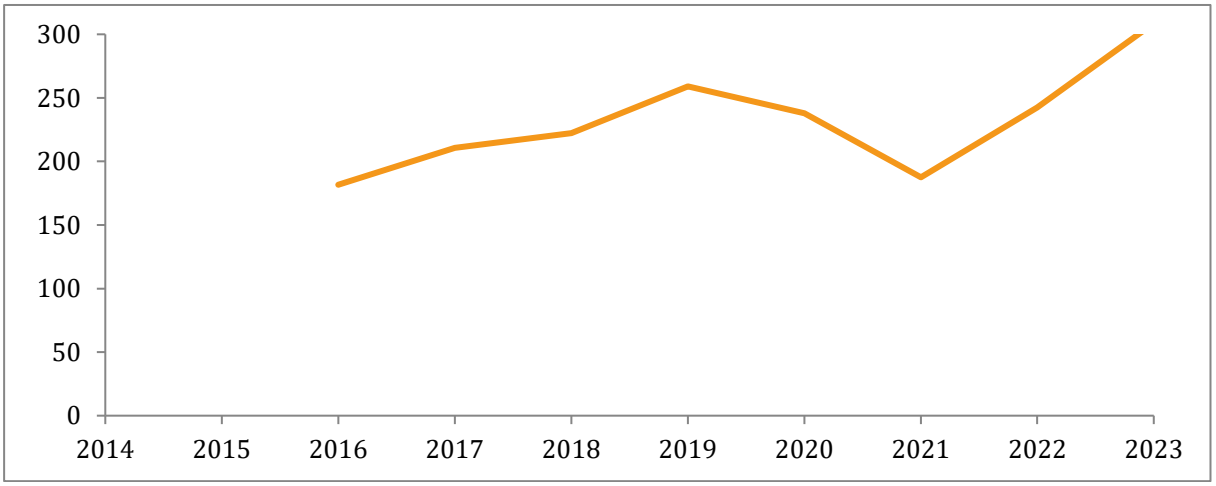
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	259	238	188	243	309
Anteil am BIP (in Prozent)	1,9	1,7	1,4	1,7	2,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	8,9	7,7	5,6	7,3	10,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

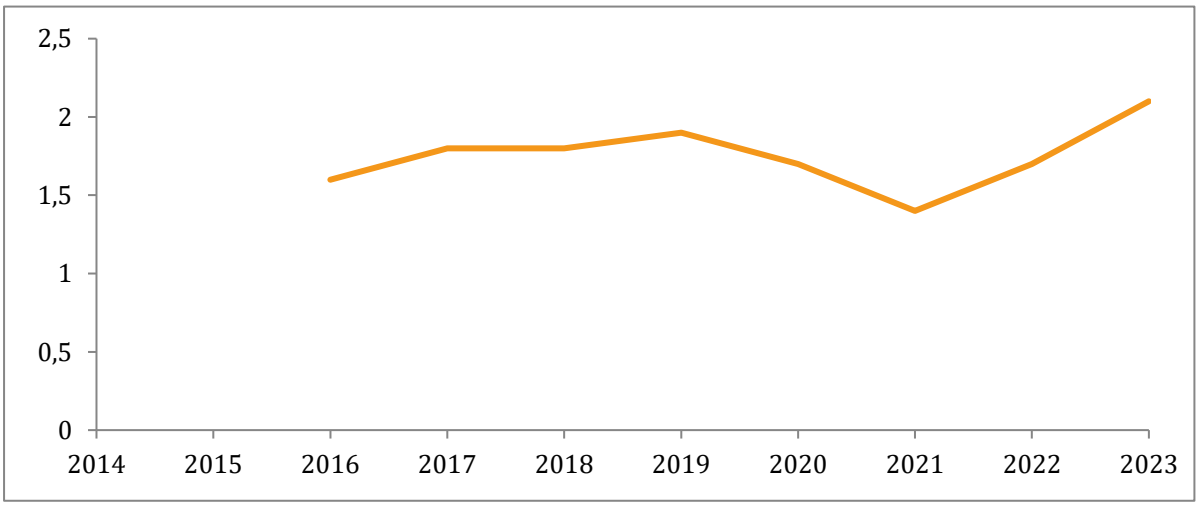
Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Niger verfügt nur über eine sehr keine eigenständige Rüstungsindustrie und ist des-halb für die Ausrüstung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Wie bei vielen anderen afrikanischen Staaten auch wurde der Niger seit Erlangen der Unabhängigkeit

insbesondere von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich mit gebrauchter militärischer Ausrüstung versorgt. Niger ist deshalb zur Ausstattung seiner Streitkräfte in einem hohen Maße auf Rüstungsimporte angewiesen. Dem Small Arms Survey zufolge ist Niger kein Produzent von Kleinwaffen und Munition, sodass das Land auch in diesem Waffensektor erheblich von Importen, insbesondere aus nicht-afrikanischen Ländern, abhängig ist. Zwischen 2013 und 2015 gehörte Niger zu den fünf größten Importeuren von Kleinwaffen in Subsahara-Afrika. Die Folgen der fehlenden Eigenproduktion zeigen sich auch darin, dass geschmuggelte und durch die Sicherheitskräfte konfiszierte Waffen und Munition teilweise in nationale Rüstungsbestände überführt werden - umgekehrt landen aber auch immer wieder Waffen aus nationalen Beständen, auch benachbarter Staaten, in den Händen von bewaffneten Gruppen (siehe hierzu mehr im Kapitel „Regionale Rüstungskontrolle").

Ein beträchtlicher Teil der von westlichen Ländern bereitgestellten Gelder landete in der Vergangenheit jedoch oft nicht in entsprechenden Rüstungsgütern, sondern in Taschen von Zwischenhändler:innen. So fand die Prüfung durch die Inspection Générale des Armées Probleme mit Verträgen im Wert von über 320 Millionen US-Dollar im Zeitraum von 2011 bis 2019. Ein Wert von 137 Millionen Dollar soll innerhalb von acht Jahren mittels manipulierter Ausschreibungsverfahren und überhöhter Preise abhandengekommen sein.

Im Februar 2024 wurde bekannt, dass Defence Industries Cooperation of Nigeria (DICON) – Nigers 1964 gegründetes und bis dato einziges staatliche Rüstungsunternehmen – nach Jahren die Produktion von Kleinwaffen und Munition wieder aufgenommen habe. Bereits im Vorjahr unterzeichnete Präsident Bola Tinubu das sog. DICON-Gesetz, welches den Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes rund um DICON vorsieht. 2013 und 2014 sollen insgesamt etwa 300 Gewehre des Typs AK-47 und eine unbestimmte Menga an Munition des Kaliber 7,6 mal 55mm produziert worden sein.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Selektiv; 24 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

39.100 aktive Streitkräfte, davon:
Heer: 39.000
Luftwaffe: 100

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 48.000, davon:
Gendarmerie: 15.000
Nationalgarde: 17.000
Nationale Polizei: 16.000

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	33,1
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,3

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Das Militär Nigers umfasst die Streitkräfte des Heeres sowie der Luftwaffe und wird um die paramilitärischen Einheiten der Nationalpolizei, der Nationalgarde und der Gendarmerie ergänzt. Über eine Marine verfügt der afrikanische Binnenstaat nicht. Oberbefehlshabende Person der nigrischen Streitkräfte ist der:die Präsident:in. Der zahlenmäßige Umfang des Militärs blieb in den vergangenen Jahren konstant auf einem eher geringen Niveau: So verfügte Niger im Jahr 2000 lediglich über 5.300 aktive Soldat:innen in den Streitkräften sowie 5.400 Personen in paramilitärischen Einheiten – bei einer Einwohner:innenzahl von über 20 Mio. Menschen. Mittlerweile wurde der Personalumfang dem International Institute for Strategic Studies (IISS) zufolge jedoch schrittweise deutlich erhöht: So verfügt das Heer nun über 39.100 aktive Soldat:innen; in paramilitärischen Einheiten dienen nun insgesamt 48.000 Personen.

Eine der Hauptaufgaben des nigrischen Militärs besteht in der Bekämpfung des grenzüberschreitenden, regionalen Terrorismus und Extremismus, also im Erhalt der inneren und Grenzsicherheit. So war Niger bis zu ihrer Auflösung Ende 2023 Mitglied der G5 Sahel Joint Force. Mit einer internationalen Truppenstärke von 5.000 Soldat:innen war das Ziel dieser, Sicherheitsrisiken in der Sahel-Region zu begegnen. An der ersten Operation im November 2017 wirkten neben burkinischen und malischen Soldat:innen auch nigrische Streitkräfte mit. Nach den Putschen in Burkina Faso (2022) und Niger (2023) erklärten beide Länder ihren Rückzug auf der G5; diese habe sich als ineffektiv erwiesen. Zudem dürfe die Allianz nicht die Interessen fremder Mächte – gemeint war Frankreich – dienen. Nach den Putschen kam es zudem zu Spannungen zwischen Mali, Niger und Burkina Faso auf der einen und der ECOWAS auf der anderen Seite gründeten die erstgenannten im Dezember 2023 die Allianz der Sahel Staaten – ein Verteidigungsbündnis.

Im Gegensatz zur G5 partizipiert Niger immer noch an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram. Die MNJTF mit einer Truppenstärke von insgesamt 10.000 Soldat:innen widmet sich der Bekämpfung von Boko Haram. Gemeinsam mit Tschad, Kamerun und Nigeria verpflichtete auch Niger Soldat:innen zum Anti-Terror-Kampf. Darüber hinaus beteiligte sich das nigrische Militär mit zuletzt 873 Soldat:innen an der UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) im Nachbarland.

Die nigrischen Streitkräfte gelten als kampferprobt und regional vergleichsweise gut ausgebildet, was sich in Einsätzen der internationalen Eingreiftruppen zur Terrorismusbekämpfung zeigte. Dies ist speziell auch auf vorige internationale Ausbildungsmissionen durch Länder wie Frankreich, Italien und den USA zurückzuführen. Grundsätzlich sind die nigrischen

Streitkräfte mangelhaft ausgerüstet, wobei Niger kürzlich eine signifikante Anzahl an gepanzerten Fahrzeugen eingesetzt hat. Die Fähigkeiten zu Kampfeinsätzen über die Grenzen hinaus und ohne externe Unterstützung sind weiterhin begrenzt. Vor der Machtübernahme durch das Militär wurden Militäroperationen gemeinsam mit US-amerikanischen und französischen Truppen durchgeführt. Niamey beherbergte in der Vergangenheit Luftwaffenkontingente aus Frankreich, Deutschland und den USA. Die USA halten nach wie vor eine Präsenz von 1.100 Soldat:innen in Niger, während Frankreich, welche die Junta nicht als Regierung anerkennt, seine Truppen aus Niger abgezogen hat.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	155	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	151	
Artillerie	Mehr als 52	Zusätzlich einige Mehrfachraketenwerfer (PH-63)
Panzerabwehr	14	
Luftabwehr	39	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die Einsatzfähigkeit und Schlagkraft der nigrischen Landstreitkräfte werden insbesondere dadurch beeinträchtigt, dass das Militär nur über größtenteils veraltete Waffensysteme verfügt. So sind beispielsweise 125 Spähpanzer der französischen Firma Panhard vom Typ AML-20/-60/-90 aus den 1960er bis 1980er Jahren. Auch 22 der 151 Mannschaftstransporter sind gepanzerte Panhard M3, die bereits vor 1987 produziert wurden. Darüber hinaus verfügt das Heer über 21 minenresistente Puma M26-15, die aus Südafrika stammen. Im Bereich der Artillerie und der Panzerabwehr setzt es teilweise Waffen wie den 81mm-Mörser der Firma Brandt oder das rückstoßfreie Geschütz des Typs M20 von Panhard ein, die aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges stammen.

In jüngster Zeit erhielten die nigrischen Streitkräfte jedoch auch modernere Ausrüstung aus diversen Staaten. Frankreich lieferte im Oktober 2017 beispielweise 17 Fahrzeuge (mit Maschinengewehren ausgerüstete Pick-ups, Trucks) sowie Ausrüstung (Helme, Schutzwesten) und weiteres Equipment (Radios, Nachtsichtsysteme, Abwehrsysteme improvisierter Sprengfallen), um das Land im Rahmen der G5 Sahel Joint Force zu stärken. Im Jahr 2019 folgten 13 (von der EU finanzierte) und von Frankreich gelieferte Bastion-Fahrzeuge. Auch Deutschland unterstützte das nigrische Heer im Zuge seiner „Ertüchtigungsinitiative" 2018 mit 53 geländetauglichen Lastwagen. Aus China (2017), den USA (2020), den VAE (2021)

bezog Niger kürzlich kleine Zahlen an gepanzerte Mannschaftstransporter der Typen Tiger, Mamba und Guardian. Aus der Türkei wurde 2022 eine unbekannte Anzahl an gepanzerten Ejder Yalcin Mannschaftstransportern aus der Türkei geordert. Mit diesen Lieferungen wurde insbesondere die Mobilität des nigrischen Heeres deutlich gesteigert.

Tabelle 8

Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	2	
Aufklärer	6	
Transportflugzeuge	9	Davon 1 Passagierflugzeug
Ausbildungsflugzeuge	3	Alle bewaffne8
Kampfhubschrauber	2	
Mehrzweckhubschrauber	9	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die militärische Ausstattung der nigrischen Luftwaffe, die eine Personalstärke von lediglich 100 Soldat:innen besitzt, besteht zu großen Teilen aus veralteter Ausrüstung. So wurden vier der derzeit verfügbaren neun Transportflugzeuge – u. a. vom Typ An-26, C-130H, Do-28 und Do-228 – bereits vor 1986 produziert. Im Zuge ihres Anti-Terrorismus-Kampfes erhält die nigrische Luftwaffe jedoch zunehmend auch modernere Ausstattung. Im Jahr 2013 importierte Niger beispielsweise zwei Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 aus der Ukraine; im selben Jahr stellte Frankreich drei Mehrzweckhubschrauber vom Typ SA342 Gazelle zur Verfügung. Darüber hinaus gehören der Luftwaffe zwei russische Mehrzweckhubschrauber vom Typ Mi-17, die sich seit Januar 2018 im Dienst befinden, sowie zwei Kampfhubschrauber vom Typ Mi-35P Hind. Aus den USA bekam das Land im Oktober 2015 zwei Cessna 208 Transportflugzeuge und 2021 ein generalüberholtes C-130 Transportflugzeug. Vier der amerikanischen Cessna-Modelle werden darüber hinaus auch zur Luftüberwachung eingesetzt. Niger verfügt zudem über zwei österreichische Luftüberwachungsflugzeuge vom Typ Diamond DA42, die seit 2004 produziert werden.

Im Jahr 2016 verlegte Niger weite Teile seiner Luftwaffe von der Hauptstadt Niamey in die Nähe von Diffa, das sich nahe der Grenze zu Nigeria befindet. Die neue Basis befindet sich somit näher an der Region, in der gegen Boko Haram gekämpft wird. Dies birgt jedoch das Risiko, dass nigrische Ausstattung bei Überfällen in die Hände von Boko-Haram fällt; so geschehen etwa im Juni 2016 im nigrischen Außenposten Bosso.

Box 2

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 5 Soldat:innen
Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 6 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Beziehung zwischen der nigrischen Gesellschaft und dem Militär ist von zahlreichen Militärputschen und einer langen Phase autoritärer (Militär)Herrschaft geprägt. 1974 etablierte sich in Niger erstmalig seit der im Jahr 1960 erlangten Unabhängigkeit von Frankreich ein Militärregime. Erst nach dem Tod von Oberst Seyni Kountché im Jahr 1987 und darauf folgenden Protesten, die zur Zulassung von Oppositionsparteien führten, wurde die Macht des Militärs eingeschränkt. Nach den freien Parlamentswahlen im Jahre 1993 kam es im Januar 1996 erneut zu einem Putsch des Militärs, infolgedessen Oberst Ibrahim Baré Mainassara Präsident wurde. Mainassara wurde nur wenig später, im April 1999, im Zuge eines erneuten Putsches von Soldaten der eigenen Präsidentengarde getötet. Noch im selben Jahr fanden Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der ehemalige Militäroberst Tandja Mamadou, zum Staatsoberhaupt gewählt wurde. Nachdem dieser 2009 versucht hatte, seine Herrschaft um eine verfassungswidrige dritte Amtszeit zu verlängern, kam es landesweit zu Protesten, auf die im Jahr 2010 der vierte militärische Umsturz folgte. Nach einem vom Militär organisierten Verfassungsreferendum wurden Anfang 2011 erneut Wahlen abgehalten. Die darauf folgende, zivile Regierung unter Mahamadou Issoufou unter der PNDS (Parti nigérien pour la démocratie et le socialisme) soll 2015 einen weiteren Putschversuch des Militärs vereitelt haben, was allerdings nicht als bewiesen gilt. Im März 2021 wurde ein weiterer Putschversuch, zwei Tage vor der geplanten Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten, Mohamed Bazoum (PNDS), durch die Präsidentengarde vereitelt. Im Juli 2023 putschte das Militär erneut; zum fünften Mal seit der Unabhängigkeit des Landes mit Erfolg. Hierbei nahm die Präsidentengarde Mohamed Bazoum gefangen. Der Kommandant der Präsidentengarde, General Abdourahamane Tchiani erklärte sich selbst zum neuen Leader der Militärjunta.

Trotz dieser zahlreichen Eingriffe des Militärs in die Politik Nigers ist das grundsätzliche Vertrauen der Zivilbevölkerung in das Militär relativ hoch: Ergebnissen des Afrobarometer 2023 zufolge, gaben bspw. insgesamt 85 Prozent der nigrischen Befragten an, dass sie dem Militär grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen würden. Dieses hohe Vertrauen fällt zusammen mit relativ schwach ausgeprägten pro-demokratischen Einstellungen: So widersprachen nur 43,8 Prozent der nigrischen Befragten der Aussage, dass es in Ordnung sei, wenn das Militär in politische Prozesse eingreife, um das Land zu regieren.

Das Militär hat wenig Einfluss in den nördlichen Regionen, die größtenteils von Angehörigen der Imuschar – einem Volk der Imazighen, dessen Siedlungsgebiet sich im ganzen Sahelbereich über fünf Länder südlich der Sahara erstreckt – und von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Da es nicht gelungen ist, die Imuschar-Rebell:innen nach ihren Aufständen – der letzte Aufstand fand zwischen 2007 und 2009 statt – zu entmilitarisieren, sind

Waffen in diesen Regionen weit verbreitet. Dies wurde zudem durch den Fall Mouammar Kadhafis im Jahr 2011, verstärkt, nach dem tausende bewaffnete Kämpfer:innen, unter ihnen zahlreiche Imuschar, aus dem Land in die Region strömten, was nachträglich die Krise im Norden Malis beeinflusste. Gleichzeitig steigt der Einfluss von dschihadistischen Gruppen wie Boko Haram (die ursprünglich aus Nigeria stammen), über südöstliche Gebiete Nigers. Die tschadische Regierung spricht immer wieder von militärischen Erfolgen gegen diese Gruppe. Diese sind jedoch relativ zu betrachten, da sie nicht selten zu Vergeltungsschlägen und weiteren Radikalisierungsprozessen führen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.
https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben der Armee besteht der nigrische Sicherheitsapparat aus der nationalen Polizei, der Nationalgarde und der Gendarmerie. Während die nationale Polizei dem Innenministerium untersteht und primär für die Strafverfolgung in Städten zuständig ist, ist die Gendarmerie dem Verteidigungsministerium untergeordnet und für die ländliche Sicherheit zuständig. Die Nationalgarde, welche auch dem Innenministerium untergeordnet ist, ist zuständig für die innere Sicherheit, den Schutz öffentlicher Gebäude und hochrangiger Beamter.

Dem nigrischen Sicherheitssektor mangelt es erheblich an Ressourcen und Kapazitäten. Die internationale Nichtregierungsorganisation Transparency International gibt an, dass sowohl eine adäquate Ausbildung der Sicherheitskräfte als auch fundamentales Equipment wie Benzin für Fahrzeuge sowie Funkgeräte fehlten. Dies schränkt polizeiliche Aktivitäten ebenso ein, wie die Tatsache, dass nur spezialisierte Polizeieinheiten über ein Grundlagenwissen hinsichtlich des Umgangs mit Waffen verfügen. Korruption bleibt nach Transparency International eine zentrale Problematik, die durch den Staat nur unzulänglich geahndet wird. Eine besondere Herausforderung für die nigrischen Sicherheitskräfte stellt seit geraumer Zeit die (transnationale) organisierte Kriminalität in Form von illegalem Schmuggel von Waffen, Munition, Drogen und Menschen dar. Hinzu kommt der grenzüberschreitende Extremismus und Terrorismus, mit dem sich der Sicherheitsapparat konfrontiert sieht.

Aktuelle Mängel im nigrischen Sicherheitssektor werden unter anderem mithilfe internationaler Missionen adressiert. So hat die Europäische Union im Jahr 2012 die Mission EUCAP Sahel Niger (EU Capacity Building Mission in Niger) mandatiert. Diese zielt auf ein Training der nigrischen Sicherheitskräfte im Umgang mit organisierter Kriminalität und Terrorismus ab. Darunter fallen zum Beispiel der Kapazitätsaufbau an Polizeiakademien sowie

Schulungen der Polizei in Agadez im Norden des Landes, einer Stadt, die als Hotspot für Menschenhandel und –schmuggel gilt. Zugleich zielt die Mission auch darauf ab, die Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten durch die Sicherheitskräfte mittels Train-the-Trainer-Seminaren an Ausbildungszentren der Polizei zu verringern. Aktuell sind 14 Staaten an der Mission beteiligt.

Um die nationale Polizei zu stärken, wurde 2017 zudem erstmals eine Nationale Strategie für innere Sicherheit verabschiedet, welche 2022 aktualisiert wurde und nun den Zeitraum bis 2026 abdeckt. Im Zuge der neuen Strategie wurden eine bürgernahe Polizeiarbeit implementiert, das Personalwesen bei Polizei und Gendarmerie reformiert und die Zahl der Stellen aufgestockt. So umfasst die nationale Polizei (Stand 2024) neuerdings 16.000 Personen (2022: 8.500), die Gendarmerie 15.000 Personen (2022: 7.000) und die Nationalgarde weitere 17.000 Personen (2022: 9.000). Insgesamt wurden damit die polizeilichen Kräfte innerhalb eines Jahres um 23.500 Personen aufgestockt.

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und Demonstrierenden. Internationale Aufmerksamkeit erlangte beispielsweise, als im April 2017 die Gendarmerie besonders gewaltsam gegen einen unbewaffneten Studierendenprotest in der Hauptstadt Niamey vorging. Eine Person kam ums Leben, dutzende weitere Studierende wurden verletzt. Unter Berufung auf die Wahrung der nationalen Sicherheit gehen Sicherheitskräfte immer wieder gegen Menschen vor, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung oder der Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. Es gibt auch Berichte über Personen, die durch die Sicherheitskräfte festgenommen wurden und im Anschluss daran verschwanden – so zum Beispiel im Mai 2015, als acht Männer in Arrest kamen, die seither vermisst werden. Generell ist damit das Verhältnis zwischen Polizei und Gesellschaft gespalten. Nach Daten des Afrobarometers 2021/2023 gaben etwa 60 Prozent der Befragten an, dass die Polizei manchmal, oft oder gar immer exzessive Gewalt gegen Demonstrierende einsetze. Nur 30 Prozent der Befragten gaben an, dass sie nicht davon ausgehen, dass die Polizei selbst in kriminelle Machenschaften verstrickt ist. Dennoch sind die Vertrauenswerte mit mehr als 75 Prozent erstaunlich hoch. Dies mag daran liegen, dass die Mehrzahl der Befragten der Meinung waren, dass die Polizei gegenüber normalen Bürger:innen in der Regel respektvoll auftritt und die Rechte dieser achtet.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	https://treaties.un.org

Kommentar

Niger ist den wichtigsten internationalen Verträgen und Konventionen bezüglich Abrüstung und Rüstungskontrolle beigetreten. So hat das Land am 24. März 2014 auch den Arms Trade Treaty (ATT) unterzeichnet und rund ein Jahr später ratifiziert, der internationale Standards für den Waffenhandel festlegt. Damit soll unter anderem auch dem illegalen Waffenhandel vorgebeugt werden.

Gegen Niger ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt. Allerdings verhängte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in Reaktion auf den jüngsten Militärputsch (26. Juli 2023) Sanktionen gegen Niger, welche im Februar 2024 jedoch wieder aufgehoben wurden.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were significant negative changes in the human rights situation in Niger during the year. On July 26, the National Council for Safeguarding the Homeland, a group of military officers, overthrew President Mohamed Bazoum, whose tenure marked the first peaceful transfer of power between elected civilian presidents. The group dissolved the 2010 constitution and appointed a cabinet led by a civilian prime minister under a military council that ruled by decrees and ordinances while conducting a national dialogue to decide the transitional period and draft a new constitution. The military council took steps to enhance some civil liberties, including freedom of assembly by permitting demonstrations that had been prohibited under the Bazoum administration, but prohibited all political party activities. Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; political prisoners or detainees; serious abuses in a conflict, including reportedly unlawful or widespread civilian deaths or harm, enforced disappearances or abductions, and physical abuses; unlawful recruitment or use of children in armed conflict by nonstate groups; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including unjustified arrests or prosecutions of journalists, and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; extensive gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, child, early, and forced marriage, and other forms of such violence; and existence of the worst forms of child labor.

Prior to the July coup d'etat, the Bazoum administration took limited credible steps to identify and punish officials who may have committed human rights abuses. Community-based armed militias, terrorist groups, armed bandit groups, smugglers, and drug and human traffickers targeted and killed civilians, committed enforced disappearances, and inflicted cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment. Government forces battled terrorist groups, and judicial authorities made efforts to investigate and prosecute abuses committed by armed nonstate actors.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/niger/

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

The rights to freedom of expression, peaceful assembly and association were severely restricted by the military who seized power by a coup in July. Several high-profile political figures were arbitrarily detained, and women were sexually assaulted in the aftermath of the coup. Armed groups killed civilians in unlawful attacks. Child marriage remained prevalent. Migrants forcibly returned from Algeria were extremely vulnerable. Rights to education, food and water were obstructed by armed conflict, exacerbated by climate change. The rights to freedom of expression, peaceful assembly and association were severely restricted by the military who seized power by a coup in July. Several high-profile political figures were arbitrarily detained, and women were sexually assaulted in the aftermath of the coup. Armed groups killed civilians in unlawful attacks. Child marriage remained prevalent. Migrants forcibly returned from Algeria were extremely vulnerable. Rights to education, food and water were obstructed by armed conflict, exacerbated by climate change.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für den Niger auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:
Bürgerliche Rechte: 27/60
Politische Rechte: 6/40
Gesamtbewertung: Teilweise frei (33/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Niger experienced its first transfer of power between democratically chosen presidents in the 2020–21 elections, but the civilian government was overthrown in a July 2023 coup. The government that preceded the junta faced security challenges posed by militant groups and limited civil liberties while in power. The junta dissolved the former republic's governing institutions, restricts civil liberties, and also faces ongoing security challenges.

Quelle: ***https://freedomhouse.org/country/niger/freedom-world/2024***

Kommentar

Die Präsidentschaftswahl 2016, aus der Mahamadou Issoufou als Sieger hervorging, sowie die Wahl der Nationalversammlung im selben Jahr wurden der internationalen Nichtregierungsorganisation Freedom House zu Folge durch weitreichende Unregelmäßigkeiten wie

die Manipulation von Wahlergebnissen und Stimmenkauf begleitet. Zahlreiche Oppositionspolitiker:innen waren zu dieser Zeit inhaftiert, weil ihnen die Teilnahme an nicht genehmigten Protesten oder die Planung eines Putschversuches vorgeworfen worden war. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die umstrittene Festnahme des Oppositionspolitikers Hama Amadou, der wegen angeblichen Babyhandels verhaftet worden war, und der darauffolgende Wahlboykott des Oppositionsbündnisses Issoufous Sieg bei der Stichwahl mit 92,5 Prozent der Stimmen ermöglichten.

Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind in Niger klar eingeschränkt. So berichtet Amnesty International jährlich von mehreren Hundert Menschen, die inhaftiert und strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeübt hatten. Unter ihnen sind Aktivist:innen und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, Studierende und Journalist:innen. Die Situation in den überlasteten Gefängnissen, in denen Demonstrationsteilnehmende teils monatelang einsaßen, ist höchst bedenklich. Mitunter befinden sich doppelt so viele Personen in den Gefängnissen wie eigentlich vorgesehen. Amnesty International verweist darauf, dass Inhaftierte sehr wahrscheinlich auch gefoltert werden.

Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen (vgl. das Kapitel „Spannungen und innere Konflikte") leistet die nigrische Regierung logistische Unterstützung für die malische Imghad Tuareg and Allies Self-Defense Group (GATIA), die Kindersoldat:innen rekrutiert.

Menschenhandel, Sklaverei, Kinderarbeit und Gewalt gegen Frauen bleiben in Niger ein großes Problem. Trotz Bemühungen, die rechtlich festgelegte Geschlechtergleichheit zu erzielen sowie die Situation von Frauen in Niger zu verbessern, besteht in vielen Fällen beim Schutz der Menschenrechte ein Gefälle zwischen den gesetzlichen Regelungen und deren Umsetzung in der Praxis. Dies betrifft unter anderem die Regelung, die seit 2003 die weibliche Genitalverstümmelung unter Strafe stellt, aber auch Fälle von Sklaverei. Zahlen zu betroffenen Personen variieren hier. Freedom House geht von zehntausenden Menschen aus, die in Sklaverei leben – in der Regel in Folge von Menschenhandel, der in Niger seit 2015 gesetzlich verboten ist. Die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht zu Niger 2019 bspw. auf Schätzungen von rund 43.000 Menschen, die in Sklaverei leben. Der Global Slavery Index 2023 schätzt die Zahl der in Sklaverei-ähnlichen Verhältnissen lebenden in Niger auf 112.000. Besorgniserregend ist zudem die Lage von Flüchtenden und Migrant:innen, die Niger Richtung Nordafrika durchqueren und hierbei oft Opfer von unrechtmäßiger Inhaftierung durch die Polizei werden. Auch gibt es laut Berichten der Internationalen Organisation für Migration etliche Flüchtende und Migrant:innen, die Opfer von Menschenhändler:innen und mitunter zur Prostitution gezwungen werden.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In spite of experiencing its first transfer of power from one civilian government to another in March 2021, Niger's political path remains highly uncertain and prone to volatility. While the exact nature of

the 2020/2021 elections remains unclear due to the lack of a substantial team of election observers, significant concerns arose over potential electoral manipulation and the risk of electoral violence. Although the Bazoum administration publicly professes commitment to democratic principles, its approach to handling street protests and government critics closely mirrors that of its predecessor. Despite the government's ongoing efforts to suppress dissenting voices, a resilient civil society and vocal media outlets continue to thrive. Consequently, Niger stands as a hybrid political regime, grappling with challenges to democratic norms and institutions. In March 2021, an attempted coup by a small faction of soldiers failed disastrously. Nevertheless, this incident underscores the potential for political dynamics akin to those witnessed in Mali, Burkina Faso, Chad, and Guinea to reemerge in Niger. […] Niger continues to serve as a dependable diplomatic ally. Niamey has emerged as a vocal critic of junta-led governments in Mali and Burkina Faso, while simultaneously engaging in economic and military collaborations with both nations. It also seeks close ties with Chad, advocating for regional stability. Despite Nigeria's unpredictable political climate, economic and diplomatic relations with Abuja remain harmonious. Niamey steadfastly supports intra-African economic cooperation and integration. On a global scale, Niger stands as the sole nation that participated in drafting a U.N. resolution opposing Russia's intervention in Ukraine. In contrast to Mali and Burkina Faso, Niger isn't pursuing improved relations with Moscow; instead, it has opted for closer connections with France and the United States.

Quelle: ***https://bti-project.org/de/reports/country-report/NER***

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Niger 32 Punkte (2022: 32 Punkte). Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: ***https://www.transparency.org/en/cpi/2022/***

Spannungen und innere Konflikte

Von 1990 bis 1995 rebellierten die Imuschar gegen ihre mangelnde Integration und Repräsentation sowie ihre Marginalisierung in Niger. Ein Friedensabkommen beendete damals diesen Aufstand. In Folge eines Überfalls der MNJ (Mouvement des Nigériens pour la Justice) auf einen Militärposten im Air Gebirge im Nordwesten Nigers, bei dem drei Soldat:innen starben, brach der Konflikt 2007 wieder aus. Die MNJ hatte ursprünglich als Bewegung der Imuschar begonnen, an der sich später auch andere Nomadengruppen sowie unzufriedene nigrische Streitkräfte beteiligten. Sie kritisierte die Regierung, das 1995 geschlossene Friedensabkommen nicht einzuhalten und warfen ihr vor, Imuschar nach wie vor zu marginalisieren und ihnen keine entsprechende Repräsentanz zu ermöglichen. Es folgten weitere Angriffe durch die MNJ, unter anderem ein Überfall im Juni 2007, bei dem 15 Soldat:innen getötet und 72 weitere gefangen genommen wurden. Die Regierung reagierte mit militärischen Gegenschlägen und Verhaftungen. Im Jahr 2009 wurde schließlich ein neues Friedensabkommen in Sabha in Libyen unter Vermittlung von Muammar al-Gaddafi ausgehandelt, das diese zweite Imuschar-Rebellion beilegte.

Im Anschluss an soziale Unruhen zwischen 2009 und 2010 gab es im Jahr 2010 einen Militärputsch, als Präsident Mamadou Tandja Bestrebungen forcierte, seine Herrschaft um eine dritte Amtszeit zu verlängern. Dies ist in Niger laut Verfassung nicht zulässig. Nachdem das Verfassungsgericht mittels Blockade seine Versuche, eine dritte Amtszeit zu ermöglichen, verhindert hatte, löste Tandja sowohl das Parlament als auch das Verfassungsgericht auf und

regierte per Notstandsdekret weiter. Im August 2009 kam es zum verfassungsändernden Referendum, das von den Oppositionsparteien boykottiert wurde. Demonstrationen durch Oppositionelle, Gewerkschaftler:innen und Bürger:innen wurden von den Behörden unterdrückt, mehrere Gegner:innen von Präsident Tandja inhaftiert. Schließlich kam es zum Putsch durch das Militär im Jahr 2010 und zum Einsatz eines „Obersten Rates für die Wiederherstellung der Demokratie". Die Verfassung wurde ausgesetzt und alle staatlichen Institutionen aufgelöst. Es folgte die Festnahme von Mamadou Tandja und anderen politischen Führungspersonen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. Resultate des Umsturzes waren eine neue Verfassung und demokratische Wahlen im Jahr 2011, die Mahamadou Issoufou gewann. Dessen Regierung wurde bei den Wahlen 2016 im Amt bestätigt; allerdings unter Wahlboykott der meisten Oppositionsparteien in Folge der Inhaftierung des Oppositionspolitikers Hama Amadous.

Die Sicherheitslage in Niger ist allein aufgrund seiner geografischen Lage höchst bedenklich: In den Südosten des Landes, in die Diffa-Region um den Tschadsee, haben sich zahlreiche Unterstützer:innen der dschihadistischen Boko Haram und anderer islamistischer Gruppen, wie etwa der sog. ISWAP (Islamic State in West Africa Province) oder anderer Gruppen mit Verbindungen zum Islamischen Staat, zurückgezogen. Die Region an der Grenze zu Libyen im Nordosten des Landes ist nicht nur Ort für illegalen von Waffen- und Munitionsschmuggel und dient gleichzeitig als Rückzugsort für islamistische Extremist:innen, die aus Libyen kommen. Im Westen des Landes verschärfen sich interkommunale Differenzen und Territorialstreitigkeiten zwischen lokalen Gemeinschaften. Darüber hinaus haben sich die westlichen Gebiete an der Grenze zu Mali zum neuen Hotspot für dschihadistische Gruppen, darunter eine lokale Abzweigung des Islamischen Staats, entwickelt.

Unter anderem infolge der Imuschar-Rebellionen sind Waffen in Niger relativ leicht verfügbar. Ein AK-Gewehr kann je nach Region schon ab etwa 250.000 – 500.000 XOF (etwa 400 bis 850 US-Dollar) erstanden werden.

Zudem unterstützt die Regierung in Regionen, in denen ihre direkten Einflussmöglichkeiten stark begrenzt sind, die Bildung von Milizen – hauptsächlich aus nomadischen Gemeinschaften wie den Imuschar und den Fulani – für den Kampf gegen islamistische Gruppen. So zum Beispiel die Fulani-Miliz in Nord-Tillabéri, die angibt, Interessen marginalisierter nomadischer Gemeinschaften zu schützen, allerdings oft auf Gewalt zurückgreift.

Der verheerende Konflikt beispielsweise in der Region Tillabéri an der Grenze zu Mali und Burkina Faso zwischen bewaffneten Gruppen und Regierungstruppen fordert regelmäßig Opfer, darunter zahlreiche Zivilist:innen und Kinder. Amnesty International spricht von mindestens 70 Anschlägen auf Soldat:innen und Ortschaften allein im Jahr 2017. So etwa in den Gebieten Diffa, Mainé-Soroa, Tillabéri und Bosso. Mindestens 30 Menschen kamen zu Tode, viele weitere Menschen wurden verletzt, 60 Personen entführt. Jüngst meldete das nigrische Verteidigungsministerium einen massiven Angriff auf einen Militärstützpunkt: Am 10. Dezember 2019 kam es bei Inates an der Südwestgrenze Nigers (Dreiländereck zu Mali und Burkina Faso) zu einem Angriff durch mehr als 100 schwer bewaffnete Kämpfer:innen, bei dem insgesamt 71 Streit- und Sicherheitskräfte starben und zwölf weitere verwundet wurden. Kurz darauf bekannte sich der Islamische Staat Westafrikanische Provinz (ISWAP) – eine Splittergruppe von Boko Haram, die dem Islamischen Staat die Treue geschworen hat – zu der Attacke. Das Armed Conflict Location & Event Data Projekt (ACLED) berichtet für das Jahr 2019 von 700 Todesfällen in Niger durch den laufenden gewaltvollen Konflikt zwischen bewaffneten Gruppen. 201 der 700 Opfer waren Zivilist:innen. Für das Jahr 2024 hält das

ACLED insgesamt 1.774 Todesfälle fest, davon 312 Zivilist:innen. In der Diffa-Region wurden Tausende nigrische Staatsbürger:innen durch den Konflikt vertrieben – das Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) spricht von aktuell 250.000 Menschen. Ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2021 belegt die Rekrutierung von Kindern in den Dörfern Gabikane, Kodieri, Tangounga und Torsi allein im Departement Torodi.

Die Regierung verlängerte als Reaktion auf die wiederholten Angriffe und Anschläge durch bewaffnete Gruppen 2019 den Notstand in den Regionen Diffa (seit 2015), Tillabéri (seit 2018) und Tahoua (seit 2018). Dieser erleichtert es den Sicherheitskräften, gegen mutmaßliche Terrorist:innen vorzugehen. Am 3.1.2021 kam es zu einem Angriff auf zwei Dörfer im Westens Nigers bei dem über 100 Menschen getötet und rund 20 verletzt wurden. Offensichtlich handelte es sich dabei um einen Racheakt, nachdem eine von den Dorfbewohner:innen aufgestellte Verteidigungsmiliz zuvor zwei Angreifer:innen getötet hatte. Nach Angaben des nigrischen Innenministers Alkache Alhada ist davon auszugehen, dass die Täter auf Motorrädern über die Grenze des benachbarten Mali kamen und sich nach dem Angriff wieder dorthin zurückzogen.

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) kritisiert, dass die Regierung im Kampf gegen bewaffnete Gruppen vor allem auf eine militärische Konfliktlösung setzt und so das Land anfällig für wiederholte politische Auseinandersetzungen und Entwicklungsmissstände macht. Auch die International Crisis Group hebt hervor, dass durch den Fokus auf die Stärkung militärischer Kräfte die Gewalt nicht eingedämmt werden konnte. Die Vernachlässigung anderer destabilisierender Faktoren sowie die Unterstützung nichtstaatlicher, bewaffneter Gruppen steigerten nur die interkommunalen Konflikte. Stattdessen solle ein stärker politischer Ansatz gewählt werden, der den Dialog zwischen Gemeinschaften fördere und auf lokale Bedürfnisse eingehe. Eine reduzierte Proliferation von Waffen in der Gesellschaft sowie die Versöhnung von Konfliktparteien könnten in der langfristigen Perspektive Verbesserungen bringen.

Eine Gewalteskalation wurde auch im Zuge der Präsidentschaftswahlen erwartet, welche am 27. Dezember 2020 abgehalten wurde. Zuvor war es zu einem Anschlag mit 27 Toten gekommen, den Boko Haram für sich reklamierte. Weitere Anschläge wurden für den Wahltermin angekündigt, fanden aber nicht statt. Amtsinhaber Mahamadou Issoufou (68) durfte zu diesen nach zwei Amtszeiten nicht mehr an antreten. Stattdessen standen insgesamt 30 Kandidat:innen zur Wahl, unter ihnen Mohamed Bazoum, ein früherer Minister und Vertrauter Issoufous. Da in der ersten Runde kein:e Kandidat:in die notwendige Mehrheit der Stimmen auf sich versammeln konnte, wurde Bazoum im Februar 2021 durch eine Stichwahl gewählt, welche relativ gewaltlos verlief.

Im Mai 2022 wurde in der Region Tillabéri ein Übergangszentrum für ehemalige Kämpfer:innen eingerichtet, dass die Personen bei ihrer Reintegration unterstützen soll. Regionale DDR-Programme (Disarmament, Demobilisation and Reintegration) laufen bereits seit mehreren Jahren und werden auch teilweise vom BICC unterstützt (siehe Regionale Rüstungskontrolle). Zur besseren Reintegration von ehemaligen Milizen passte Niger auch 2021 mit dem PNPCR-Programm auch die nationale Gesetzeslage an und zeigt damit einen alternativen Ansatz zur militärischen Lösung.

Am 26. Juli 2023 kam es zu einem Militärputsch, bei welchem Präsident Mohamed Bazoum abgesetzt wurde. Zwei Tage später wurde General Abdourahmane Tiani zum Präsidenten des „Nationalen Rat für die Rettung des Vaterlandes" und damit zum Staatsoberhaupt

erklärt. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft verhängte Sanktionen und drohte mit einer militärischen Intervention. Daraufhin erklärten die Militärregierungen in Mali und Burkina Faso, indem sie erklärten im Falle einer Intervention militärisch auf der Seite Nigers eingreifen zu wollen. Mit der Allianz der Sahel-Staaten (AES) wurde am 16. September 2023 offiziell ein kollektives Verteidigungsbündnis der drei Staaten, begründet. Eine seitens der ECOWAS gesetzte Frist zum Rücktritt der nigrischen Junta verstrich, ohne dass letztlich eine Intervention erfolgte. Derzeit befindet sich das Land also in einer mehr als angespannten Situation, auch weil sich die ökonomischen Bedingungen – unter anderem aufgrund der Sanktionen – dramatisch verschlechtern. So explodierten die Lebensmittelpreise, Bargeld wird aufgrund von blockierten ausländischen Zentralbank-Reserven knapper und öffentliche Gehälter können nicht mehr vollumfänglich ausgezahlt werden. Aus humanitären Gründen hob die ECOWAS entsprechende Sanktionen im Februar 2024 allerdings wieder auf.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Niger ist ein Binnenland in Westafrika und grenzt im Norden an Algerien und Libyen, im Osten an Tschad, im Süden an Nigeria und Benin und im Westen an Burkina Faso und Mali. Verortet in der Sahara und der Sahel- und Sudanzone bestehen weite Teile des Landes hauptsächlich aus Wüste. Niger gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern weltweit.

Politische Situation in der Region

Gelegen in einer politisch angespannten Region und in Folge von Konflikten in den Nachbarländern Libyen, Mali und Nigeria, hat sich Niger innerhalb kürzester Zeit zum zentralen Transitland westafrikanischer Migration entwickelt: Circa 150.000 Migrant:innen durchqueren den Wüstenstaat jährlich in Richtung Nordafrika und Europa.

Seit der nigrischen Unabhängigkeit von Frankreich am 3. August 1960 und dem Ende der kolonialen Vorherrschaft europäischer Staaten in der Region, prägen zahlreiche Umstürze und Aufstände die Geschichte Nigers und seiner Nachbarstaaten. So sind dem Fragile State Index zu Folge aktuell neben Niger vor allem auch Tschad, Libyen, Nigeria, Burkina Faso und Mali von staatlicher Fragilität und Instabilität betroffen.

Der grenzüberschreitende islamistische Extremismus und Terrorismus stellt die Region zunehmend vor große Herausforderungen. Von Nigeria ausgehend hat sich die dschihadistische Gruppe Boko Haram auch in Niger verbreitet. Laut Amnesty International gab es im Jahr 2017 in Nigeria 65 Angriffe durch Boko Haram, bei denen 411 Zivilpersonen starben.

Die Region um den Tschadsee ist Rückzugsort für Boko- Haram-Anhänger:innen in allen vier Anrainerstaaten (Kamerun, Nigeria, Tschad und Niger).

Seit dem Ausbruch der Krise in Mali 2012, bei der zahlreiche bewaffnete Gruppen, einschließlich Dschihadist:innen mit Verbindungen zum Islamischen Staat und al-Qaida, um Macht in dem fragilen Staat kämpfen, kommt es in der malisch-nigrischen Grenzregion immer wieder zu gewaltvollen Auseinandersetzungen. Das Friedensabkommen, das 2015 in Mali geschlossen wurde, erweist sich in seiner Umsetzung als schwierig, da islamistische Gruppen und Milizen in den ländlichen Regionen Malis, darunter auch in der nigrisch-malischen Grenzregion, lokale Konflikte und die Abwesenheit des Staates ausnutzen, um neue

Rekrut:innen zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit Frankreich und den USA hat Niger seine militärischen Kräfte an der Grenze zu Mali verstärkt. Die International Crisis Group hebt jedoch hervor, dass trotz mancher militärischer Erfolge interkommunale Konflikte verschärft werden und das Risiko einer Eskalation von Gewalt in der Region erhöht wird. Dies sei die Folge dessen, dass weder die malische noch die nigrische Regierung Maßnahmen getroffen haben, die der Konkurrenz lokaler Gemeinschaften um Territorien angemessen begegnen. Um dort der problematischen Sicherheitslage zu begegnen, arbeiten französische Truppen und nigrische Autoritäten außerdem auch mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen zusammen, die Kindersoldat:innen rekrutieren, wie die malische GATIA (Imghad Tuareg and Allies Self-Defense Group).

In Mali kommt es regelmäßig landesweit zu Anschlägen und Entführungen, beispielsweise durch AQIM (al-Qaeda in the Islamic Maghreb). Auch in Burkina Faso ist AQIM aktiv, so zum Beispiel 2016, als die Gruppe 30 Menschen tötete. Daneben verüben die islamistischen Gruppen Ansarul Islam und JNIM (Group for the Support of Islam and Muslims) Attentate, sodass der burkinische Staat teilweise seine Kontrolle in nördlichen und östlichen Gebieten des Landes verloren hat. Insgesamt berichtet ACLED von 12.370 Personen, die in Niger und seinen Nachbarländern aufgrund von Terroranschlägen und der gewaltvollen Auseinandersetzung zwischen den Terrorist:innen und den nationalen Sicherheits- und Streitkräften im Jahr 2019 ums Leben gekommen sind; darunter waren 4.912 Zivilist:innen.

Um solche grenzüberschreitend agierenden, bewaffneten Gruppen militärisch zu bekämpfen, hat sich im Jahr 2014 das Regionalbündnis G5 Sahel gebildet, an dem neben Niger auch Tschad, Burkina Faso, Mauretanien und Mali mitwirken. Die Staats- und Regierungschefs der partizipierenden Länder gründeten am 2. Juli 2017 die gemeinsame, grenzüberschreitende Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force. Vom UN-Sicherheitsrat und dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union gebilligt, sollte diese Eingreiftruppe 5.000 Soldat:innen umfassen. Im November 2017 wurde die erste Operation mit burkinischen, malischen und nigrischen Soldat:innen durchgeführt. Darüber hinaus beteiligte sich Niger an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram, die unter politischer Führung der Tschadseebecken-Kommission steht und vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mandatiert ist. Die Truppenstärke umfasste insgesamt 10.000 Soldat:innen aus Niger, Tschad, Kamerun und Nigeria mit zusätzlich 150 Soldat:innen aus Benin. Stand September 2023 hat Niger zudem im Rahmen der Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) der Vereinten Nationen 600 Personen (davon 560 Streitkräfte) sowie im Rahmen der MINUSCA- und der MONUSCO-Missionen 53 bzw. 33 weitere polizeiliche und zivile Kräfte entsandt. Aufgrund des Militärputsches wurde die MINUSMA-Mission derweil beendet – die Militärregierung Nigers zog sich zudem sowohl aus der G5 Sahel Joint Force als auch der MNJTF zurück. Offiziell ist Niger zwar noch Mitglieder der MNTJF, zog allerdings entsendete Streitkräfte zurück. Stand August 2024 beteiligt sich Niger aber weiterhin an den beiden UN-Missionen (sowie BINUH) mit insgesamt 90 Soldat:innen bzw. Polizist:innen.

Im Namen der militärischen Bekämpfung des grenzüberschreitenden Extremismus und Terrorismus in der Region kommt es immer wieder zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. So hat etwa Human Rights Watch Menschenrechtsverletzungen malischer Soldat:innen der G5 Sahel Joint Force dokumentiert, darunter außergesetzliche Tötungen, Entführungen, Folter und willkürliche Verhaftungen von Personen, die beschuldigt werden, islamistische Gruppen zu unterstützen. Im Jahr 2018 sollen malische Soldat:innen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung 60 Personen getötet und zahlreiche weitere Personen entführt

oder gefoltert haben. Im Rahmen von Anti-Terror-Operationen kam es laut Human Rights Watch auch in Burkina Faso zu außergerichtlichen Hinrichtungen durch burkinische Soldat:innen. Dies führe dazu, dass die Menschen vor Ort nicht nur bewaffnete Extremist:innen fürchteten, sondern auch den Einsatz von Sicherheitskräften. Auch der Multinational Joint Task Force (MNJTF), an der auch Niger beteiligt war, werden schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. So wiesen Experten bei zwei Briefings des UN-Sicherheitsrates im Jahr 2017 darauf hin, dass militärische Operationen in der Region – nationale wie jene unter der MNJTF – in Verdacht stünden, internationales humanitäres Recht zu brechen. Auch kritisierten sie die fatalen Haftbedingungen von mutmaßlichen Anhänger:innen von Boko Haram (darunter Kinder). Im Rahmen der MINUSMA sei es ebenfalls zu ernstzunehmenden Menschenrechtsverletzungen durch Soldat:innen der Friedenstruppe gekommen.

Grenzkonflikte

Der letzte Grenzkonflikt Nigers war eine Streitigkeit über die gemeinsame Grenze mit Burkina Faso, den beide Staaten am 20. Juli 2010 dem Internationalen Gerichtshof meldeten. Konkret ging es um die Grenzziehung zwischen dem astronomischen Marker Tong-Tong und dem Botou-Bogen. Im Jahr 2013 wurde die Grenze mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes neu definiert: 786 Quadratkilometer wurden Burkina Faso zugesprochen, 277 Quadratkilometer Niger. Durch den Austausch von 18 Ortschaften entlang der Grenze – Burkina Faso bekam 14 Ortschaften zugeschlagen, Niger vier Ortschaften – wurde der Grenzkonflikt beigelegt. Derzeit hat Niger keine Grenzkonflikte.

Regionale Rüstungskontrolle

Niger ist Mitgliedsstaat der gesetzlich bindenden ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related Materials, die 2006 verabschiedet wurde und 2009 in Kraft trat. Sie sieht strikte Kontrollen hinsichtlich des Transfers, der Herstellung, des Besitzes und der Sicherheit von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) vor. Die ECOWAS-Mitgliedsstaaten verständigen sich mit dem Abkommen darauf, die Herstellung, die (unkontrollierte) Verbreitung und den Besitz von Klein- und Leichtwaffen zu kontrollieren, zu reglementieren und ggf. zu verbieten. Ferner sollen so die Kooperation und der Austausch sowie die Transparenz erhöht werden.

Die Unterstützung der ECOWAS-Kommission und ihrer Mitgliedstaaten bei der Implementierung dieser Konvention ist seit 2016 ein zentraler Baustein eines Beratungsprojekts am BICC. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes berät das BICC die Kleinwaffenabteilung der ECOWAS-Kommission und unterstützt sie vor allem bei der Umsetzung von Art. 16 im Bereich der sicheren Lagerhaltung von Klein- und Leichtwaffen staatlicher Sicherheitsakteure auf Ebene der Mitgliedstaaten. So auch beispielsweise im benachbarten Nigeria und Burkina Faso. Bei regionalen Ausbildungsmaßnahmen mit technischer Expertise des Verifikationszentrums der Bundeswehr (ZVBw) werden die Kapazitäten der ECOWAS-Mitgliedsstaaten im Bereich „Physical Security and Stockpile Management" (PSSM) gestärkt.

Wie ein Bericht aus dem Jahr 2022 von Conflict Armament Research zeigt, sind trotz aller Bemühungen um regionale Rüstungskontrolle illegale Waffen- und Munitionstransfers noch immer ein massives Problem in der Region des Tschadsees.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Auch nach dem Ende der **MINUSMA**-Mission, an der sich 57 Länder (darunter diverse NATO- und EU-Länder) beteiligten, befanden sich teils noch unterschiedliche alliierte Truppen in der Sahel-Region. Auch wenn das Gros der MINUSMA-Kräfte (rund 12.000 Soldat:innen sowie zusätzliche weitere 2.250 Polizist:innen und (Militär-)Beobachter:innen)) bis Ende 2023 aus Mali abgezogen wurden, unterhielt die Bundeswehr noch bis August 2024 in Niamey (Niger) und Dakar (Senegal) Logistikstützpunkte, um Material aus Mali, das im Zuge der Rückverlegung an diesen beiden Orten zwischengelagert wurde, nach Deutschland zurück zu transportieren. Zusätzlich befanden sich noch bis zu 60 deutsche Soldat:innen im Zuge der von der Europäischen Union geführten militärischen Partnerschaftsmission zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus der nigrischen Streitkräfte (**EUMPM Niger**) im Land. Der Einsatz wurde ebenfalls nicht über den Juni 2024 hinaus verlängert.

Im Rahmen der zivilen Mission European Union Capacity Building Mission in Niger (**EUCAP Sahel Niger**) waren zusätzlich mehr als 120 internationale Expert:innen, darunter Sicherheitskräfte aus den 14 teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten (u. a. aus Deutschland), in Niamey und Agadez präsent. Ziel war es, die nigrische Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität im Land zu beraten und auszubilden. Darüber hinaus sollten diese Akteure darin geschult werden, irregulärer Migration zu begegnen. Diese Mission wurde zum Ende September 2024 beendet.

In Niger selbst befinden sich (Stand: Dezember 2024) zudem vermutlich rund 220 italienische Soldat:innen im Rahmen der Bilateral Support Mission in the Republic of Niger (**MISIN**; weitere Soldat:innen sind in Benin und Mauretanien). MISIN zielt darauf ab, Niger in seinem Kampf gegen Terrorismus und illegalen Schmuggel (unter anderem von Menschen) zu unterstützen. Dies soll durch Ausbildung und Training der nigrischen Sicherheitskräfte durch die stationierte italienische Truppe geschehen. Damit versucht die Mission auch, die westafrikanische Migration gen Nordafrika und Europa einzudämmen.

Die US-amerikanischen Streitkräfte in Niger umfassten zuletzt rund 1.100 Soldat:innen. Auch diese sollten den Staat in seiner Antwort auf islamistischen Extremismus und Terrorismus unterstützen. Das amerikanische Kontingent umfasste eine **Joint Special Operations Task Force** und einen neuen Luftwaffenstützpunkt – auch diese Mission wurde zum September 2024 vollständig beendet.

Frankreich hatte bis zum Juni 2021 im Zuge seiner Operation **Barkhane** (sowie später, wie andere europäische Staaten, im Rahmen der **Task Force Takuba**) 1.000 Soldat:innen sowie militärisches Gerät in Niger stationiert. Die gesamte Truppe von circa 5.100 Soldat:innen verteilte sich insgesamt über Tschad, Burkina Faso, Niger und Mali. Deutschland stellte für die Mission 2 C-160 Transportflugzeuge zur Verfügung. Die Mission hatte ebenfalls das Ziel, den militanten, islamistischen Extremismus in der Region zu bekämpfen. Dabei stellte die nigrische Hauptstadt Niamey das logistische Zentrum der Operation für die östliche Sahel-Zone dar. Im Zuge der Operation wurden die Sicherheitskräfte der beteiligten afrikanischen Staaten aufgerüstet und ausgebildet. Die letzten französischen Soldat:innen verließen Niger am 22.12.2023, nachdem die neue Militärregierung ihren Abzug gefordert hatte. Mit dem Abzug endete eine Dekade französische Militärpräsenz in der Region (französische Truppen waren bereits zuvor aus Mali und Burkina Faso auf Drängen der dortigen Militärregime abgezogen worden).

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Niger ist den wichtigsten internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Die Gefahr durch Terrorakte ist im Niger in den letzten Jahren allerdings stark gestiegen. In den Jahren 2013 und 2014 kam es im ganzen Land zu Angriffen bewaffneter Gruppen, unter ihnen die dschihadistische Gruppe Boko Haram und die militante islamistische Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO). Alleine im Jahr 2016 verübten Boko-Haram-Anhänger:innen mehr als 50 Anschläge in der Region Diffa; im Jahr 2017 starben bei mindestens 70 Anschlägen bewaffnete Gruppen 30 Menschen in den Regionen Diffa, Mainé-Soroa, Tillabéri und Bosso. Ferner wurden 2017 mehr als 60 Personen entführt. Der Angriff auf einen Militärstützpunkt bei Inates an der Südwestgrenze des Nigers am 10. Dezember 2019, der vermutlich auf Boko Haram zurückzuführen ist, kostete 71 Soldat:innen das Leben und ließ etliche Verwundete zurück. Tausende Menschen fliehen wegen der Kämpfe zwischen diesen bewaffneten Gruppen und der nigrischen Regierung. Die nigrische Regierung geht hierbei hart gegen (mutmaßliche) Anhänger:innen terroristischer Gruppierungen vor: Im Jahr 2016 waren Amnesty International zu Folge mehr als 1.400 vermeintliche Boko-Haram-Mitglieder inhaftiert; im Jahr 2017 wurden mehr als 700 mutmaßliche Anhänger:innen von Boko Haram vor Gericht gestellt. Unter den Beschuldigten befanden sich auch nigerianische Flüchtende, die ihre Heimat wegen der Attentate von Boko Haram verlassen hatten. Darüber hinaus erschossen nigrische Soldat:innen im Juli 2017 dreizehn Personen, die sie fälschlicherweise für Mitglieder einer bewaffneten Gruppe gehalten hatten. Dabei ist zu erwähnen, dass Beschuldigte

oft jahrelang in den überfüllten Gefängnissen sitzen und, oftmals zu Unrecht, auf einen Prozess warten. Darunter befinden sich teilweise auch Minderjährige Personen.

Im Jahr 2023 belegte Niger im globalen Terrorismusindex den 10. Platz weltweit: 61 Vorfälle mit 468 Toten, 166 Verletzten und 32 Geiseln wurden allein in dem einen Jahr verzeichnet. Die aktivsten terroristischen Gruppen waren demnach der Islamische Staat sowie Jamaat Nusrat Al-Islam wal Muslimeen (JNIM).

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Als einer der primären westafrikanischen Schauplätze für den Schmuggel von Waffen und Munition hat Niger in letzter Zeit seine Bemühungen intensiviert, die Sammlung von Daten zu beschlagnahmten Waffen zu verbessern, um der Bedrohung durch bewaffnete Gewalt und illegalen Waffenhandel zu begegnen. Die anhaltenden Sicherheitsrisiken in der Region (z. B. der grenzüberschreitende Terrorismus) und die Schwierigkeit des nigrischen Staates, bestimmte Regionen zu kontrollieren, ließen transnationale Netzwerke wachsen und die organisierte Kriminalität erstarken. Durch den Mangel an staatlicher Kontrolle, zum Beispiel im Norden des Landes, sind dort Netzwerke entstanden, die Geld mit dem Schmuggel von Zigaretten und Drogen aber auch Waffen und Menschen verdienen. Forscher:innen des Small Arms Survey weisen darauf hin, dass diese oft Verbindungen zu Geschäftsleuten und Politiker:innen in der Hauptstadt pflegen und so in der Regel ungestraft operieren können.

Besonders der Menschenhandel und der Schmuggel von Migrant:innen stellen Niger vor große Herausforderungen: Zwar wurde im Jahr 2015 ein Gesetz gegen Menschenhandel von der nigrischen Regierung verabschiedet, doch laut Amnesty International seien seitdem kaum konkrete Maßnahmen gefolgt, um ihn zu unterbinden. Einen Hotspot für organisierte Schmuggelnetzwerke stellt die Stadt Agadez im Norden Nigers dar. Von dort starten viele Migrant:innen ihren Weg in Richtung Maghreb und Europa. Für mehrere hundert US-Dollar bieten Schmuggler:innen an, Personen mittels Bus oder PKW gen Norden durch die Wüste zu transportieren. Es mehrten sich Fälle, in denen Schmuggler Menschen in der Wüste

aussetzten und sterben ließen. Ein Untersuchungsbericht der Internationalen Organisation für Migration von 2020 deutet jedoch auf einen deutlichen Rückgang der Migration zwischen 2016 und 2019 sowie eine Verlagerung von einer Weiterreise nach Algerien, statt Libyen hin. Das entsprechende Anti-Menschenschmuggelgesetz wurde unter der Militärregierung im November 2023 aufgehoben.

Neben der Terrorismusbekämpfung widmete sich die G5 Sahel Joint Force auch der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Niger ist etwa auch Transitland für Drogen wie Kokain, die aus Lateinamerika stammen und über die westafrikanische Region bis nach Europa geschmuggelt werden. Mittels einer Erhöhung der Militärpräsenz soll kriminellen Netzwerken, die sich im illegalen Handel und Schmuggel von Menschen und Drogen betätigen, der Kampf erklärt werden. Doch Wissenschaftler:innen des Friedensforschungsinstituts SIPRI heben hervor, dass die damit gewählte, hauptsächlich militärische Strategie lokale Kontexte und sozioökonomische Faktoren vernachlässige. Gemeinschaften vor Ort lebten oft von dem grenzüberschreitenden Handel. Daher müssten in der Langzeitperspektive alternative Einkommensquellen und Lebensbedingungen geschaffen werden, damit es nicht zu einer Konkurrenz der Gemeinschaften um die Kontrolle der illegalen Handelsrouten komme. Solange die Lebensgrundlage der Menschen weiterhin von dem Handel und Schmuggel mit Menschen und Drogen abhänge, blieben militärische Ansätze im Endeffekt in ihrer Wirkung eingeschränkt. Nötig sei eine Kopplung der militärischen Komponente, wie der G5 Sahel, mit einem Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer Unterstützung von Initiativen für *Good Governance*.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Niger erstattete das letzte Mal im Jahr 2005 dem Waffenregister der Vereinten Nationen gegenüber Bericht. Seither stehen dem Waffenregister nur sporadisch Informationen zu Exporten und Importen mittels der Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Auch an das UN-Register zu Militärausgaben werden seitens Niger keine Informationen übermittelt. Im Zuge des Arms Trade Treaty, dem Niger 2015 beigetreten ist, hat das Land im Jahr 2016 seinen Initialreport, seither aber lediglich im Jahr 2021 einen Jahresbericht eingereicht, welcher

öffentlich nicht einsehbar ist. Im Rahmen des „Programme of Action on small arms and light weapons" (PoA) reichte Niger zuerst im Jahr 2003 und zuletzt im Jahr 2022 Berichte ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage hinsichtlich der unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern in Niger ist dürftig. Gleichzeitig ist der illegale Waffenhandel in Niger weit verbreitet, beispielsweise in Hochburgen wie Agadez. Der illegale Waffenhandel über die Grenzen mit Libyen, Mali und Nigeria hinweg sowie die Verbreitung aus staatlichen Beständen und die Potenziale aus vergangenen Rebellionen trugen zu einer gestiegenen Proliferation von Waffen und Munition in der gesamten Region bei. Wissenschaftler:innen des Small Arms Survey haben auf Basis der Daten für bestimmte Städte/Regionen und Zeiträume, die von der nigrischen Gendarmerie und dem nigrischen Militär herausgegeben wurden, analysiert, wie viele Waffen von den nigrischen Sicherheitskräften beschlagnahmt wurden. So konfiszierte die nigrische Gendarmerie im Zeitraum zwischen Januar 2014 und Oktober 2016 in Niamey, Agadez und Zinder insgesamt 462 Waffen, 398 Magazine und 20.634 Munitionen. Das Militär beschlagnahmte zwischen September 2015 und Oktober 2016 in den Gebieten Agadez, Diffa und Dirkou insgesamt 187 Waffen, darunter hauptsächlich Sturmgewehre. Aufgrund der uneinheitlichen und dürftigen Berichte zu beschlagnahmten, illegal kursierenden Waffen bleibt es jedoch schwierig, allgemeine Zahlen zu erfassen. Feststeht, dass Niger im westafrikanischen Raum vor allem eine Transitroute für illegal geschmuggelte Waffen darstellt. Forscher von Conflict Armament Research heben hervor, dass die Proliferation von Waffen und Munition in der Sahelregion stark auf die Diversion aus libyschen Beständen noch aus der Gaddafi-Ära zurückzuführen ist. Oftmals sind aber auch noch Waffen aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner:innen Ghaddafis im Umlauf. Diese Klein- und Leichtwaffen gelangen über Niger beispielsweise nach Mali. Waffen und Munition aus Libyen, Mali und Nigeria stellen Niger insofern vor Schwierigkeiten, als sie entweder in den Händen von Privatpersonen landen, die sich beispielsweise im Norden des Landes vornehmlich vor bewaffneten Überfällen schützen wollen, oder aber an Mitglieder bewaffneter Gruppen wie AQIM (al-Qaeda in the Islamic Maghreb) oder MUJAO (Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika) weiterverkauft werden.

Im Jahr 2016 konfiszierte die nigrische Gendarmerie in Agadez große Mengen an Waffen, die sich im Besitz von Drogendealer:innen und Straßenräuber:innen befunden hatten, darunter hauptsächlich Sturmgewehre und Maschinengewehre, die unter anderem in Bulgarien, China, Polen und Rumänien produziert worden waren. Auch Schnellfeuergewehre des Typs G3, die mit deutscher Lizenz in Frankreich hergestellt worden waren, wurden hierbei beschlagnahmt.

Ferner wurden Fälle publik, in denen staatliche Sicherheitskräfte Waffen und Munition aus nationalen Beständen entwendeten und illegal weiterverkauften. Forscher:innen des Small Arms Survey führen das Beispiel eines nigrischen Offiziers an, der im Jahr 2013 Sturmgewehre des Typs 56-1 aus nationalen Beständen abzweigte und mutmaßlich an Boko Haram verkaufte. Im Jahr 2015 wurde ein Imuschar-Angehöriger festgenommen, weil er umfangreiche Mengen an illegal entwendeter Munition (7,62 x 39 mm) von einer Gruppe Soldat:innen in der Tahoua-Region erworben hatte. Ferner wurden Waffen in Mali gefunden, die in einigen

Fällen von korrupten nigrischen Offizier:innen aus den nationalen Beständen entwendet und weiterverkauft wurden.

Neben der Tatsache, dass Waffen und Munition mitunter illegal aus nationalen Beständen entwendet und weiterverkauft werden, mehren sich gleichzeitig Angriffe bewaffneter Gruppen auf nigrische Sicherheitsanlagen: Im Juni 2016 griff Boko Haram in Bosso ein Militärcamp an. 32 Sicherheitskräfte starben und signifikante Mengen an kleinen und leichten Waffen, aber auch schwere Waffen, Fahrzeuge und Munition wurden hierbei gestohlen. Im Oktober 2016 kam es zu einem bewaffneten Überfall einer nicht identifizierten Gruppe in einem Flüchtlingslager in Tassara, bei dem 22 Sicherheitskräfte getötet und zahlreiche Fahrzeuge, Sturmgewehre und Maschinengewehre entwendet wurden.

Die Möglichkeit des illegalen Handels mit Waffen und Munition aus nationalen Beständen wird dadurch begünstigt, dass diese in Niger mangelhaft registriert werden. Insbesondere der Mangel an Registrierung gestohlener oder verlorener Waffen aus den staatlichen Beständen macht einen Diebstahl einfacher und erschwert zusätzlich die Nachverfolgung. Das nigrische Management hinsichtlich der nationalen Waffen- und Munitionslagerbestände ist zurzeit dürftig. Immerhin gibt es Initiativen, die physische Sicherheit und Verwaltung von Waffen- und Munitionslagerbeständen („physical security and stockpile management", PSSM) mit technischer Unterstützung internationaler Partner und auch mit Unterstützung des BICC zu verbessern (siehe Regionale Rüstungskontrolle).

Aktuell wird Niger internationalen Standards dennoch noch nicht gerecht. So werden Daten zu beschlagnahmten Waffen beispielsweise nicht zentral gesammelt. Small Arms Survey verweist in seinem Report zu Niger von 2018 darauf, dass bei Besuchen der Autor:innen von Waffenarsenalen in Niamey, Agadez und Diffa erkenntlich wurde, dass unter anderem beschlagnahmtes Material gemeinsam mit den regulären Waffen aufbewahrt würde. Munition sowie in manchen Fällen Landminen würden neben Waffen gelagert. So beklagten die dortigen Zuständigen, dass sie mehr Fläche und bessere organisationale Strukturen zur Nachverfolgung von Material benötigten. Durch das Aufnehmen von konfiszierten Rüstungsgütern in nationale Vorräte, wie es in zahlreichen Fällen in Niger üblich sei, verliere man schnell den Überblick über beschlagnahmte Waffen. Darüber hinaus gibt es kein einheitliches Register bezüglich nationaler Vorräte. Um diesem Mangel an PSSM/sicheren Lagerungstechniken zu begegnen, gibt es einerseits von bilateralen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen Initiativen, die nigrischen Behörden zu unterstützen. Andererseits wurde von nigrischer Seite nun ein interministeriales Komitee eingesetzt, das sich mit der Verbesserung des PSSM beschäftigt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Niger persists in grappling with a complex economic landscape marked by a burgeoning debt crisis, an inefficient and corrupt state bureaucracy, stark divisions between the affluent minority and the impoverished majority, a political class unable to address economic hurdles, and Western donors prioritizing security and stability over economic advancement and democratic liberties.

Quelle: https://bti-project.org/de/reports/country-report/NER

Tabelle 15

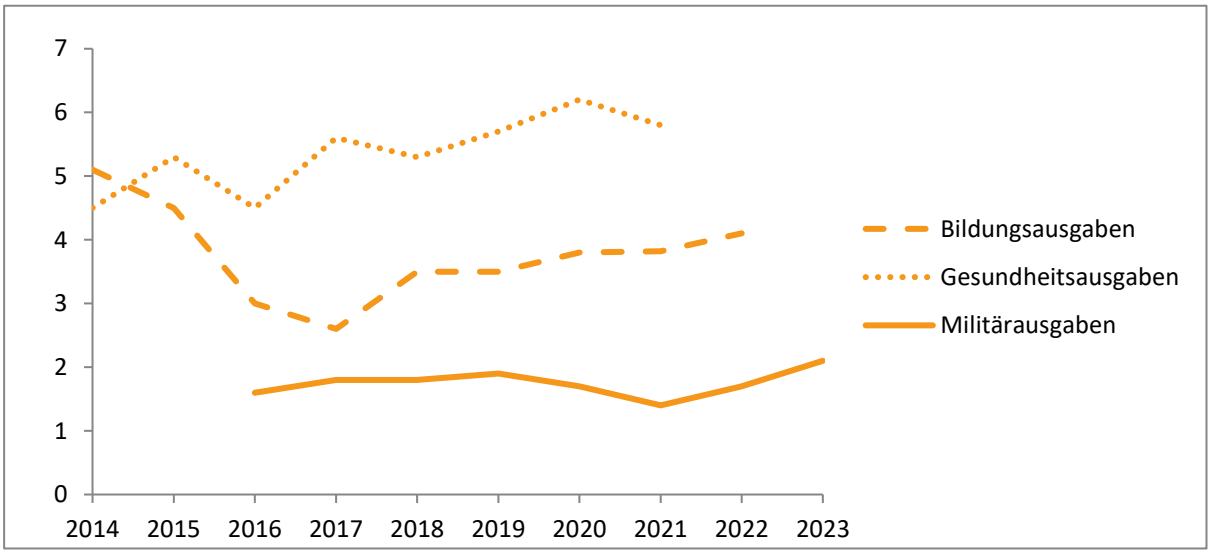
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	259	238	188	243	309
Militärausgaben/BIP	1,9	1,7	1,4	1,7	2,1
Gesundheitsausgaben/BIP	5,7	6,2	5,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,5	3,8	3,8	4,1	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben), World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	3177	3585	4553	4967	5416
Anteil am BIP (in Prozent)	24.7	27.8	33.1	33.3	35.1
Öffentliche Entwicklungszusam-menarbeit (DAC-ODA)*	560.57	591.73	733.19	804.74	792.48
Net ODA (% of GNI)*	3.95	4.08	5.31	5.39	-
Deutsche ODA Zahlungen*	103.7	106.02	143.06	144.51	174.99

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	79.7	80.8	76.4	102	115.5
Index-Platzierung	106	104	108	73	59

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Algerien	Militarisierungswert	189.5	193.5	186.6	179	206
	Index-Platzierung	16	16	16	19	14
Benin	Militarisierungswert	59.2	58.4	61.3	69.6	74
	Index-Platzierung	130	134	129	113	106
Burkina Faso	Militarisierungswert	85.6	82.6	88.9	100.5	113.3
	Index-Platzierung	97	103	91	76	63
Libyen	Militarisierungswert	-	-	-	-	-

		2019	2020	2021	2022	2023
Mali	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
	Militarisierungswert	102.6	118.4	125.7	122.2	135.6
Nigeria	Index-Platzierung	72	56	53	50	43
	Militarisierungswert	47.4	51.8	62.8	52.8	57.6
Tschad	Index-Platzierung	142	138	126	135	132
	Militarisierungswert	124.3	136	136.7	139	140.9
	Index-Platzierung	53	44	45	35	35

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
https://gmi.bicc.de/ranking-table

Tabelle 19

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Algerien	Militärausgaben (absolut)	10383	10141	9455	9146	16052
	Militärausgaben/BIP	6,0	6,7	5,6	4,7	8,2
Benin	Militärausgaben (absolut)	68	68	88	110	131
	Militärausgaben/BIP	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	406	418	466	563	793
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,1	2,3	3,0	4,0
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Mali	Militärausgaben (absolut)	511	624	636	582	727
	Militärausgaben/BIP	2,8	3,4	3,4	3,1	3,8
Nigeria	Militärausgaben (absolut)	2488	3202	5008	3109	3731
	Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	1,0	0,7	0,8
Tschad	Militärausgaben (absolut)	242	313	311	332	339
	Militärausgaben/BIP	2,1	3,0	2,8	2,7	2,9

Angaben in konstanten Mio. US$ (2022).
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,383	0,390	0,391	0,389	0,394

Quelle: *Specific country data \| Human Development Reports (undp.org)*
Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Niger gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 600 US-Dollar im Jahr 2023 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies"). Es gehört zu den „Heavily Indebted Poor Countries" und wird von den UN als ein „Least Developed Country" geführt. Auf dem Human Development Index belegt es mit einem Wert von 0,394 einen der letzten Plätze und wird von UNDP daher der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung" zugeordnet. Die Situation des nigrischen Gesundheits- und Bildungssystems ist noch immer als äußerst defizitär zu bezeichnen, sodass steigende Militärausgaben problematisch sind. Die Gefahr, dass in Niger unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist ergo gegeben.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem der weltweit niedrigsten Pro-Kopf National Einkommen von 600 US-Dollar (2023) gehört Niger laut Weltbank zur Gruppe der „low income economies" (Länder mit niedrigem Einkommen). Es gehört zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2021 33,4 Prozent. Aktuell (Stand: 12.06.2024) schuldet Niger dem Internationalen Währungsfonds fast 392,6 Mio. US-Dollar.

Nigers BIP wies in den letzten zehn Jahren solide Wachstumsraten auf. Selbst 2020, als in etlichen Ländern das BIP-Wachstum Negativwerte verzeichnete, wuchs das BIP noch um 3,6 Prozent. 2022 erreichte es einen Höhepunkt mit einem Wachstum von 11,9 Prozent. Eine der wesentlichen Einnahmequellen Nigers ist die Agrarwirtschaft, in der 2021 71 Prozent der nigrischen Beschäftigten arbeiteten. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machten 2021 36,5 Prozent des nigrischen BIP aus – 2023 lag der Wert allerdings bereits wieder bei 47,8 Prozent. Angesichts des Klimawandels deuten solch hohe Werte auf eine große wirtschaftliche Vulnerabilität hin. Daneben verfügt Niger aber auch über beachtliche Rohstoffe und Bodenschätze; so zum Beispiel Erdöl, das vornehmlich im Süden und Osten des Landes gefördert wird. Insgesamt machten Renten aus allen natürlichen Ressourcen im Jahr 2021 rund 6,4 % des BIP aus. Die schwierige Sicherheitssituation im Land, insbesondere in den Grenzregionen, schlägt sich jedoch auf das Exportgeschäft nieder: So musste der Bau einer Pipeline über Kamerun nach Tschad aufgrund des bewaffneten Konflikts mit Boko Haram im

Süden des Landes verschoben werden. Gleichzeitig befindet sich Niger mitten im „Goldgürtel", der sich durch ganz Westafrika zieht. Im April 2014 wurden im Norden des Nigers weitere Vorkommen an Gold gefunden, die einen „Goldrausch" auslösten, der dem Small Arms Survey zufolge jedoch auch zu mehr Überfällen und einer gesteigerten Proliferation von Waffen in den entsprechenden Regionen führte. 2013 lag der Anteil der Renten aus natürlichen Ressourcen bspw. noch bei 11,5 Prozent. Darüber hinaus ist Niger einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Uran, was eins von Nigers Hauptexportprodukten ist. Zahlreiche internationale Unternehmen beteiligen sich am Abbau dieser Rohstoffe: Hinsichtlich des Uranabbaus ist beispielsweise der französische Konzern ORANO zu nennen; in der Raffinerie von Erdöl sind vor allem chinesische Unternehmen tätig. Aufgrund des politischen Bruchs mit Frankreich wurde 2024, Medienberichten zufolge, kein Uran mehr exportiert.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,394 auf dem Human Development Index (HDI) belegt Niger 2022 Rang 189 von 193 Staaten. Niger wird von UNDP daher der Kategorie der Länder mit „niedriger menschlicher Entwicklung" zugeordnet. Damit ist Niger gleichplatziert wie das Nachbarland Tschad (Wert von 0,394). Die nördlichen Nachbarn Algerien (Rang 93) und Libyen (Rang 92) weisen dem HDI zufolge beide eine „hohe menschliche Entwicklung" auf, Nigeria (Rang 161), Benin (Rang 173), Burkina Faso (Rang 185) und Mali (Rang 188) hingegen ebenfalls eine „niedrige menschliche Entwicklung". Zum Vergleich: Deutschland rangiert auf dem HDI 2022 auf Platz 7. Auf dem Gender Development Index (GDI) erzielt Niger einen Wert von 0,826 und zählt dementsprechend zur Gruppe der Länder mit „niedriger" Gleichheit in den HDI-Ergebnissen zwischen den Geschlechtern. Niger gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries" (LDC). Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2022 14,5 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in Niger belief sich 2023, Schätzungen der ILO zufolge, auf gerade einmal 0,6 Prozent; die Jugendarbeitslosigkeit auf 0,8 Prozent. Dennoch lebten 2021 83 Prozent der Nigrer:innen mit maximal 3,65 US-Dollar in Armut und rund die Hälfte der Bevölkerung (50,6 %) sogar in extremer Armut (maximal 2,15 US-Dollar am Tag). Die Massenarmut stellt Niger vor sehr große Herausforderungen. Dies wird noch verschärft durch das starke Bevölkerungswachstum von 3,7 Prozent (2023), was auf eine Geburtenrate von 6,7 Geburten pro Frau – weltweit die höchste Geburtenrate 2022 – zurückzuführen ist. Das hohe Bevölkerungswachstum und wiederkehrende Naturkatastrophen bedingen regelmäßig Ernährungskrisen. Von den 27,2 Mio. Einwohner:innen leben etwa 83 Prozent in ländlichen Regionen. Von den 26,2 Mio. Einwohner:innen leben etwa 83 Prozent in ländlichen Regionen. Kinder- und Müttersterblichkeit sind in Niger ein großes Problem, darüber hinaus ist ein Großteil der Kinder mangel-, fehl- oder unterernährt. Die allgemeine Gesundheitssituation von Müttern und Kindern ist in Niger besonders schlecht. Zahlreiche Krankheiten sind in Niger verbreitet, darunter Malaria, Gelbfieber, Tuberkulose, Meningitis und HIV. UNICEF zufolge haben nur 13 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sanitären Einrichtungen und nur 56 Prozent Zugang zu einer Wasserquelle. Auf dem Gini-Index, welcher die Ungleichheit in einem Land misst, erzielt Niger 2021 einen Wert von 32,9. Dieser ist damit im Vergleich zu 2018 (37,3) gesunken. Auch der Sustainable Development Report attestiert, dass Niger aktuell hinsichtlich der Erreichung der Mehrheit der Sustainable Development Goals (SDGs) vor erheblichen

Herausforderungen steht: Dies betrifft die SDGs 1 („no poverty"), 2 („zero hunger"), 3 („good health"), 4 („quality education"), 5 („gender equality"), 6 („clean water and sanitation"), 7 („affordable and clean energy"), 8 („decent work and economic growth"), 9 („industry, innovation and infrastructure"), 11 („sustainable cities and communities"), 15 („life on land") und 16 („peace, justice and strong institutions"). Bei den meisten der genannten SDGs stagniert der entsprechende Score; in Hinblick auf SDG 4 und 16 verschlechtert er sich aktuell sogar noch.

In den letzten zehn Jahren hat Niger durchschnittlich 3,8 Prozent/BIP für das Bildungssystem ausgegeben; 2022 waren es 4,1 Prozent. Das nigrische Bildungssystem weist große Defizite auf. Obwohl keine Gebühren für den Besuch einer staatlichen Schule erhoben werden, bleibt der Schulbesuch vor allem für die ländliche Bevölkerung nur schwer realisierbar. Oftmals sind große Distanzen zur Schule zurückzulegen und die Kosten für Uniformen, Bücher und Material können nicht gedeckt werden. Bildung erreicht aktuell in Niger folglich nur etwa die Hälfte der Gesellschaft. So liegt die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen 2022 bei 38 Prozent, unter Jugendlichen (15 – 24-jährige) immerhin bei 48.2 Prozent.

Die Gesundheitsausgaben betrugen seit 2013 durchschnittlich 5,4 Prozent/BIP; 2020 erreichten sie mit 6,2 Prozent/BIP einen Höhepunkt – 2021 lagen sie bei 5,8 Prozent. Hinsichtlich des nigrischen Gesundheitssystems gibt es einen signifikanten Mangel an Ressourcen und Bedarfsdeckung. Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge hat die Hälfte der Nigrer:innen keinen Zugang zum Gesundheitswesen, das darüber hinaus in seiner Qualität defizitär ist. Die Kosten für eine medizinische Behandlung sind nicht unerheblich und von breiten Bevölkerungsteilen nicht finanzierbar. Die Ausgaben des nigrischen Staates für das Militär haben sich zwischen 2015 und 2019 circa verdoppelt; im Vergleich zu 2008 haben sie sich sogar vervierfacht. Der Anteil der Militärausgaben am BIP belief sich in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 1,6 Prozent, zuletzt (2023) gar auf 2,1 Prozent. Auch gemessen an den gesamten Staatsausgaben ist ein Anteil von zuletzt 10,2 Prozent (2023), international betrachtet, vergleichsweise hoch. Dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2024 zufolge weist Niger mit Rang 59 von 149 Staaten eine moderate Militarisierung auf.

Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Niger als „kritisch" zu bewerten. Niger ist hoch verschuldet und zählt zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die Situation des nigrischen Gesundheits- und Bildungssystems ist noch immer als äußerst defizitär zu bezeichnen, sodass steigende Militärausgaben nicht unproblematisch sind. Die Gefahr, dass in Niger unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist ergo gegeben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT
Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION Marc von Boemcken
LAYOUT bicc
GRAFIK Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte". Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MITGLIED DER JRF Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft